

Interkulturelle Nachbarschaften

Integration durch Kulturarbeit mit Jugendlichen im Stadtteil

Dokumentation zur
Fachkonferenz Süd-West
vom 7. Juli 2003 in Frankfurt/Main

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon: 030/45 79 86 –0
Fax: 030/45 79 86 –50
Internet: www.eundc.de

Ansprechpartner für die E&C-Standorte
Süd-West:
Andreas Hemme

Ansprechpartner für die
Fachkonferenz Süd-West:
Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstraße 25
60329 Frankfurt/Main
Telefon: 069/257828 –0
E-Mail: LAGSB@aol.com

Redaktion:
Jochen Partsch
Reinhard Thies
Thomas Witzel
Gisela Zwigart-Hayer

Inhalt:

- 5 E&C Team der LAG
Einleitung
- 6 Kinderzirkus Bunttes Leben
Kultureller Auftakt
- 8 Sabine Mirtsching
**Grußwort Sozialministerium
Hessen**
- 9 Eugenio Muñoz del Rio
Grußwort der Stadt Frankfurt
- 11 Prof. Dr. Gerd Stüwe
**Interkulturalität als Fokus ei-
ner innovativen sozialen Ar-
beit im Stadtteil**
- 16 Christine Knüppel
**Moving cultures – Stadtteil-
arbeit schafft Integration**
- 22 Uwe Michele
**„Bunttes Leben“ auf dem Bau-
hof – „Von der Straße auf die
Bühne“**
- 23 **Bericht aus dem Themen-
forum**
- 24 Dr. Christine Gröger, Ingegerd
Schäuble
**Integrationsleistungen in
bayerischen Klein- und Mittel-
städten**
- 28 **Bericht aus dem Themen
forum**
- 29 Ursula Schenck
**Öffentlichkeitsarbeit von Ju-
gendlichen als Baustein inter-
kultureller Verständigung**
- 31 **Bericht aus dem Themen-
forum**
- 32 Claudia Möller
Kunstweg durchs Westend
- 33 **Bericht aus dem Themen-
forum**
- 34 Jutta Trémezaygues
**Neue Heimat für Fremde und
ein zu Hause für alle im Stadt-
teil**

- 38 **Bericht aus dem Themen-
forum**
- 39 Kyokushinkai-Karategruppe
Kultureller Ausklang
- 40 **Abschlussplenum**
- 41 **Liste der Teilnehmenden**
- 49 **Konferenzprogramm**

Einleitung

Offenbar sind die Fragen, wie Integration durch Kulturarbeit mit Jugendlichen im Stadtteil erfahrbar wird, welche Hindernisse sich dem in den Weg stellen und wie diese überwunden werden können, für die professionellen Akteure der sozialräumlich orientierten Jugendhilfe von hoher Relevanz. So ist die E&C Fachkonferenz Süd-West am 07. Juli 2003 in Frankfurt/Main zum Thema Interkulturelle Nachbarschaften mit mehr als 90 Teilnehmer/innen auf großes Interesse gestoßen.

Wie schon bei den vorherigen E&C-Regionalkonferenzen in Südwestdeutschland wurde mit dem Bürgerhaus Gutleut im gleichnamigen Frankfurter Stadtteil ein Tagungsort gewählt, der einen Bezug zum Tagungsthema hat. Stadtrat Eugenio Muñoz del Rio begrüßte die Teilnehmenden für die Stadt Frankfurt, die mit 27,8% nichtdeutschen Einwohner/innen die Großstadt mit dem höchsten Nichtdeutschen-Anteil in Deutschland ist. Aus der Sicht eines „Frankfurters ohne deutschen Pass“ verwies er darauf, dass die Hälfte aller Frankfurter/innen im ausbildungsfähigen Alter Nichtdeutsche seien. „Der Aufbau tragfähiger soziokultureller Strukturen für die nachhaltige Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen“ müsse gemeinsames Ziel sein. Dem schloss sich Sabine Mirtsching vom Hessischen Sozialministerium an. Sie überbrachte die Grüße der hessischen Sozialministerin Sabine Lautenschläger, die aus aktuellem Anlass an der Konferenz nicht teilnehmen konnte. Sabine Mirtsching benannte modellhafte Projekte für die Entwicklung benachteiligter Quartiere, die das Land Hessen seit Jahren unterstütze. So wurde das Landesprogramm zur Förderung nichtinvestiver Maßnahmen für die Soziale Stadt aufgeführt, aus dem auch Integrations- und Jugendhilfeprojekte finanziert werden.

Im Anschluss an diese thematischen Grußworte informierte für die Regiestelle E&C der Direktor der Stiftung SPI, Hartmut Brocke, über aktuelle Entwicklungen der E&C-Programmlinie und der neuen Förderlinie LOS.

Gerd Stüwe, Professor an der Fachhochschule Frankfurt/Main, befasste sich mit Interkulturalität als Fokus einer innovativen

sozialen Arbeit im Stadtteil. Er lieferte einen empirischen Überblick über die demografische Situation und die geforderten Integrationsleistungen in benachteiligten Stadtteilen. Stüwe, der auch an Quartiersprozessen in Fulda beteiligt ist, entwickelte daraus Qualitätsstandards für die interkulturelle Stadtteilentwicklung.

Christine Knüppel, Vorstandsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft soziokulturelle Zentren in Hessen (LAKS Hessen e.V.), berichtete über ihre Arbeit im Kulturzentrum Schlachthof in Kassel. Ihre Erfahrung sei, dass Kunst und Kultur geeignete Medien und Methoden zur Förderung von individuellen und gesellschaftlichen Integrationsprozessen bieten. Sie kritisierte, dass die Ressourcen und Möglichkeiten von Kulturarbeit im Prozess sozialräumlich orientierter Kinder- und Jugendhilfe nicht ausreichend genutzt werden und weitgehend brach liegen.

Vor dem Hintergrund, dass die Integrationsleistungen, die eine multikulturelle Gesellschaft fordert, oft in benachteiligten Stadtteilen erbracht werden (müssen), wurden nachmittags in vier Arbeitsgruppen good practice Beispiele für das Gelingen der Integration vorgestellt.

Auf dem „Markt“ informierten weitere Konferenzteilnehmer/innen über eigene Projekte. Dass durch die Verknüpfung von Kulturarbeit und interkultureller Integration Chancen zur Teilhabe für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen entstehen, wurde sehr anschaulich durch die Auftritte des Kinderkulturzirkus Buntes Leben aus Wiesbaden und die Kyokushinkai-Karate-Gruppe aus Fulda. Insgesamt fünfundzwanzig Kinder und Jugendliche aus E&C-Standorten der beiden Städte demonstrierten lebendige Vielfalt.

Die Konferenz hat einige wichtige Punkte deutlich gemacht: Kultur ist nichts Statisches und hinter dem Titel „interkulturelle Nachbarschaften“ verbergen sich ständige Entwicklungs- und Vermittlungsprozesse.

Versteht man Kultur als den Prozess der Menschen, ihr Leben und ihre Welt (selbst) zu gestalten, wird die inhaltliche Nähe der Kultur- zur Stadtteilentwicklungsarbeit offensichtlich. Beiden geht es um ein Gestalten von Räumen und Beziehungen. Diese Nähe muss die integrative Stadtteilentwicklung aufgreifen und fördern.

Kultureller Auftakt mit dem Kinderzirkus Buntles Leben, Wiesbaden-Biebrich

Uwe Michele

Zirkus mit und für Kinder und Jugendliche – unser sozialpädagogischer Arbeitsansatz

Was stellt man sich unter einem sozialpädagogischen Ansatz vor? Unsere Einrichtung befindet sich in einem sozial benachteiligten Wohngebiet und arbeitet ausschließlich mit Kindern und Jugendlichen, die dort leben. Wer mitmachen möchte, darf dabei sein, sofern er/sie sechs Jahre alt ist. Das heißt, die Zirkusgruppe besteht aus Kindern mit unterschiedlichsten kognitiven, motorischen und koordinativen Fähigkeiten.

Wir reagieren auf die Lebenswelt unserer Artist/innen, die teilweise von Bewegungs-, Erlebnis- und Beziehungsarmut geprägt ist (und da darf sich auch so manch Erwachsener angesprochen fühlen). „Die Erkenntnis, dass sich ein gesundes und abstraktes Denken nur aus dem kindlichen Spiel und Erproben der Sinne entwickelt, ist in Vergessenheit geraten: sind das Gleichgewicht und die Raumvorstellung aus dem Lot, ist der Zusammenhang zwischen Bewusstsein und Bewegung verschüttet. In Folge dessen sind auch wesentliche Voraussetzungen für das Verständnis von Zahlen und Rechenaufgaben unterentwickelt, ebenso verkümmert der sprachliche Ausdruck. Wir sind der Meinung, der Circus ist eine wichtige, ja sogar ideale Präventionsmaßnahme, bei der den Grundbedürfnissen Spielraum für eine gesunde Entwicklung und Entfaltung gegeben wird“ (aus: J. W. Ziegenspeck, Zirkuspädagogik, S. 63).

Faszination Zirkus

Beim Wort Zirkus leuchten bei den Kindern immer die Augen. Zirkus selbst zu machen ist faszinierend, sowohl in der manchmal harten Probephase als auch schließlich auf der Bühne. „Circus ist ein ideales Medium, um über den eigenen Körper Mut, Ängste, Phantasie, Kreativität und Geschicklichkeit sinnlich zu erleben und weiterzuentwickeln. In den Vorstellungen, die sich die Kinder selbst über Circus machen, sind viele Wünsche nach Freiräumen enthalten, die mit der Gestaltung ihrer Welt zu tun haben“ (aus: Zirkuspädagogik, S. 63). Auf das junge Publikum und dessen Reaktionen, die

manchmal anders ausfallen als erwartet, müssen die Artist/innen vorbereitet werden. Am besten lernen sie jedoch durch die Auftrittserfahrung. Für die jungen Zuschauer/innen ist es faszinierend, Kinder auf der Bühne zu sehen und zu phantasieren, was alles hinter der Bühne vor sich geht. Nach einem Auftritt bekommen wir deshalb immer Besuch hinterm Vorhang von vielen neugierigen Zuschauer/innen.

Nach der Probephase im Frühjahr in die Auftrichtsphase zu starten, ist auf jeden Fall jedes Jahr wieder spannend. Die Stars zu sein, ist für viele Kinder ein einmaliges Erlebnis, das viel Mut macht und Selbstbewusstsein gibt. Zuschauer/innen Freude zu vermitteln oder auch mal mit Frust aus einem Auftritt zu gehen, ist für die ganze Zirkusgruppe eine ganz eigene Erfahrung. Und jede/r noch so Unbeliebte hat die Möglichkeit, auf der Bühne einmal in neuem Licht zu stehen.

Wie verwirklichen wir Zirkus in der Praxis?

Jährlich gibt es ein Zirkusplenum, an dem alle Artist/innen festlegen, in welcher Zirkusdisziplin sie in diesem Jahr proben und auftreten möchten sowie wer Direktor/in sein möchte. Es gibt einen regelmäßigen wöchentlichen Zirkusprobentag, an dem in den verschiedenen Disziplinen plangemäß geübt wird. Und da geht es auch schon los: den Plan liest natürlich kaum einer. Und bei den Auftritten weiß man auch nie sicher, wer eigentlich kommt. Einerseits müssen wir damit flexibel umgehen lernen und Frust vermeiden, andererseits gibt es auch ein Minimum an Anforderungen, die wir an die Artist/innen stellen: mindestens die Hälfte der Probenzeit muss besucht werden; Ausnahmen davon gibt es nur bei den ganz alten Hasen oder bei triftigen Entschuldigungen. Fehlen Kinder beim Auftritt und fällt dadurch die Qualität, so muss die Verantwortung gegenüber der ganzen Gruppe deutlich gemacht werden. Das nennen die Pädagogen dann soziales Lernen.

Auf alle Fälle wird im Zirkus gespielt, ernsthaft trainiert und sich dem prüfenden Auge des Publikums gegenübergewagt. Wir können beobachten, wie Kinder ein neues Körpergefühl wahrnehmen oder sich spielerisch als Clown entdecken. Der Zirkus beweist sich als ausgezeichnetes pädagogisches Feld zur Entwicklung von Eigen- und Fremdwahrnehmung, von Selbstvertrauen und -bewusstsein, von Stolz auf selbsterbrachte Leistung.

Wichtig ist es auch, im eigenen Wohngebiet aufzutreten: es erfordert von den Kindern und Jugendlichen den meisten Mut, in den eigenen Reihen aufzutreten, vor Freunden, Feinden und den eigenen Eltern. Den Eltern ermöglicht man durch den Auftritt in der unmittelbaren Nähe das Zuschauen.

Nicht zuletzt ist Zirkus eine sehr öffentlichkeitswirksame Angelegenheit. Und das steht unserer Arbeit gut. Wir als Pädagogen machen manchmal übrigens einen ganz schönen Spagat, denn wir halten die Mitmachschwelle niedrig und müssen zugleich vor einem kritischen Publikum gute Leistung und Stimmung auf der Bühne erbringen.

Ein paar Daten

Unser Programm dauert ca. 40 Minuten, zum Aufbau wird etwa eine Stunde benötigt. In jeder Zirkussaison arbeiten zwischen 10 und 18 Kinder und Jugendliche und mindestens zwei, besser drei Betreuer/innen mit. Mitmachen kann man ab sechs Jahren ohne Altersbeschränkung nach oben. Ein bis zwei von den älteren erfahrenen Artist/innen dabei zu haben ist optimal, da sie Abläufe kennen, verantwortlich Aufgaben übernehmen können und auch mal durchgreifen hinter der Bühne. Bei Akrobatik, Jonglieren und Feuerspucken sind erwachsene Betreuer/innen mit auf der Bühne, ansonsten versuchen wir dies zu vermeiden. Bei einem Engagement machen wir einen Vertrag, in dem auch das Honorar und die Verköstigung der Artist/innen festgelegt wird. Für einen Auftritt verdient jede/r Artist/in drei Euro, denn wir erwarten regelmäßige Probenarbeit und für die geleistete Arbeit sollen die Kinder auch entlohnt werden, zumal die Entlohnung von Arbeit in der Lebenswelt einiger Kinder nicht vorkommt, da die Familien Sozialhilfe bekommen und/oder arbeitslos sind.

Kontakt:
Caritasverband Wiesbaden e.V.
Stadtteilbüro Bauhof
Uwe Michele
Teplitzstr. 17
65203 Wiesbaden-Biebrich
Tel. 0611/9749718, Fax: 0611/4115827
mail: biebrich-suedost@t-online.de

Sabine Mirtsching

Grußwort

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,

Frau Ministerin Lautenschläger wäre gern selbst zu ihrer Konferenz gekommen; sie ist leider aus terminlichen Gründen verhindert. Ich darf Ihnen aber die besten Wünsche für ein gutes Gelingen dieser Veranstaltung ausrichten.

Das Bundesprogramm E&C will erreichen, dass die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen ländlichen Regionen gefördert wird. Dabei kommt der integrationsfördernden Funktion der Kulturarbeit in den Stadtteilen eine wesentliche Rolle zu.

Für das Land Hessen ist dieses Thema nicht neu. Schon seit 30 Jahren gibt es hier ein Programm zur Verbesserung der Lage in sozialen Brennpunkten. Durch vorbeugende Maßnahmen soll das Entstehen sozialer Brennpunkte verhindert werden und vorhandene soziale Brennpunkte aufgelöst oder zu einem normalem Wohngebiet ausgebaut werden. Ziel war und ist es, stabile, sozialverträgliche Wohn- und Lebensformen zu erreichen.

Seit 3 Jahren stehen dem Hessischen Sozialministerium zur Unterstützung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt eigene Mittel zur Förderung nichtinvestiver sozialer Maßnahmen zur Verfügung. In Hessen haben die politisch Verantwortlichen erkannt, dass das Städtebauprogramm, dass im wesentlichen nur der baulichen Erneuerung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf dient, nicht ausreichend ist. In den gefährdeten Stadtteilen besteht zusätzlich ein erhöhter Handlungsbedarf im sozialen Bereich, so dass es aus sozialpolitischer Sicht flankierender Maßnahmen bedarf, um den besonderen sozialen Aspekt in diesem Förderprogramm zu stärken.

Die Förderung nichtinvestiver Maßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt in Hessen ist einmalig, andere Bundesländer sind hier noch nicht so weit!

Es gibt inzwischen 30 Soziale Stadt – Standorte, die Stadt Frankfurt ist im Programm, aber auch kleine Orte wie Hattersheim und Dietzenbach, um nur einige Standorte zu nennen.

Mit der Förderung nichtinvestiver sozialer Maßnahmen sollen insbesondere Selbsthilfepotenziale der Bürgerinnen und Bürger ak-

tiviert werden, um so nachhaltige Beteiligungsstrukturen zu schaffen und die Chancengleichheit zu fördern.

Wer in das Programm des Sozialministeriums aufgenommen werden möchte, muss ein integriertes Handlungskonzept erstellen, das mit den Akteuren im Stadtteil abgestimmt worden ist. Auch mit unserem Programm sollen insbesondere interkulturelle Nachbarschaftsinitiativen gefördert werden.

An zahlreichen Beispielen ist deutlich geworden, dass interkulturelle Nachbarschaftsinitiativen den Jugendlichen und auch den Familien zu Gute kommen. Auch wird damit die Verbesserung der Chancengleichheit und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen unterstützt.

In Hessen sind wir mit dem Wohnungsbauförderungsprogramm des Wirtschaftsministerium in Verbindung mit der Förderung sozialpolitischer Maßnahmen durch das Hessische Sozialministerium, also mit einem integrierten Handlungskonzept, vor Ort recht erfolgreich.

Ich danke ihnen.

**Eugenio Muñoz del Rio,
Stadtrat Frankfurt/Main**

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,
im Namen des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main heiÙe ich Sie herzlich willkommen. Ebenso darf ich Ihnen auch freundliche GrüÙe des Frankfurter Jugend- und Sozialdezernenten, Herrn Franz Frey, übermitteln. Es ist ihm heute wegen der Wahrnehmung eines unaufschiebbaren anderen Termins nicht möglich hier zu sein. Seiner Bitte, ihn zu vertreten, bin ich sehr gern nachgekommen.

Mich interessieren Ihre Erfahrungen sowie Ihre Fragestellungen, mit denen Sie sich während dieser Veranstaltung beschäftigen werden, und zwar fachlich, politisch und persönlich. Besonders interessiert mich der Aspekt, den ich Ihrem Einladungstext entnehmen konnte: der Aspekt des Aufbaus tragfähiger soziokultureller Strukturen als Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen in den Stadtteilen. Deshalb werde ich später in die Rolle eines Konferenzteilnehmers schlüpfen und bis zum Mittagessen bei Ihnen bleiben – leider ruft dann der nächste Termin.

Interkulturelle Nachbarschaften in Frankfurt

Meine Damen und Herren, die Entscheidung diese Fachkonferenz in Frankfurt am Main durchzuführen ist eine gute. Zum Thema „Interkulturelle Nachbarschaften – Integration durch Kulturarbeit mit Jugendlichen im Stadtteil“, so der Titel Ihrer Konferenz, werde ich mir erlauben, aus der Sicht eines „Frankfurters ohne deutschen Pass“ einige Bemerkungen zu machen.

Wenn wir unter „Interkulturellen Nachbarschaften“ das Zusammenleben in einem bestimmten sozialen Raum verstehen – in diesem Fall ist wohl der Stadtteil gemeint – so gibt es nirgendwo in der Republik „Interkulturelle Nachbarschaften“ in einer solchen Dichte wie in Frankfurt am Main.

- Mit rund 650.000 Einwohner/innen ist Frankfurt die fünftgrößte Stadt Deutschlands.
- Der Anteil der nichtdeutschen Einwohner/innen beträgt 27,8%.
- Dies ist der höchste Ausländeranteil einer Großstadt in Deutschland.

- Etwa 185.000 Ausländer/innen aus mehr als 180 Nationen leben in Frankfurt.

Diese Menschen sprechen Hunderte unterschiedlicher Sprachen und bekennen sich zu vielen unterschiedlichen Religionen. Die Pflege einer Vielzahl kultureller Traditionen ist in unserer Stadt seit vielen Jahren selbstverständlich. Wie aus den öffentlichen Statistiken zu entnehmen ist:

- sind 30 % der in Frankfurt geschlossenen Ehen binationale,
- kommen ein Drittel der jährlich neugeborenen Kinder – etwa 1.500 – aus Migranten-Ehen,
- erwerben jährlich etwa 5.000 ausländische Bürger/innen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Frankfurt – ich glaube dies können wir zu Recht behaupten – ist eine Stadt, die sich durch ein vielfältiges, internationales und multikulturelles Leben auszeichnet. Magistrat und Parlament betreiben eine aktive städtische Integrationspolitik, die ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländer/innen zum Ziel hat. Diese besteht in Bezug auf ausländische Zuwander/innen darin, auf kommunaler Ebene dafür zu sorgen, dass die nichtdeutschen Bürger/innen schnellstmöglich am sozialen und kulturellen Leben gleichberechtigt partizipieren können. Wir sind alle sehr froh darüber, dass in Frankfurt bis zum heutigen Tage gewalttätige Auseinandersetzungen im Zusammenleben zwischen Frankfurtern mit und ohne deutschem Pass weitgehend ausgeblieben sind. Wir sind gewillt, alles zu tun, um Hass und Gewalt in unserer Stadt keine Chance zu geben.

Kommunale Ausländervertretung

Meine Damen und Herren, das hat auch damit zu tun, dass die Frage der Interessenvertretung und der politischen Vertretung der Migrant/innen in Frankfurt langsam Gestalt annimmt. So existierte in unserer Stadt eine kommunale Ausländervertretung zu einem viel früheren Zeitpunkt, als die Ausländervertretung in Hessen. Mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) hat die Stadtverordnetenversammlung einerseits dafür gesorgt, dass sich die Verwaltung professionell der Probleme der Migrant/innen in dieser Stadt annimmt. Und schließlich ist durch die Repräsentanz von Migrant/innen in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat sichergestellt, dass migrationspolitische Fragen, auch

wenn sie unbequem sind, thematisiert werden.

In Frankfurt können wir aus meiner Sicht insgesamt mit diesen Verhältnissen zufrieden sein, aber es gibt auch Spannungen und nicht gelöste Probleme. Probleme sollten wir nicht tabuisieren. Es gibt nämlich eine falsch verstandene Ausländerfreundlichkeit, die darin besteht so zu tun, als gäbe es überhaupt keine Konflikte. Wir haben verständlicherweise in dieser Stadt nach wie vor Überfremdungsängste, die ernst genommen werden müssen, und es gibt andererseits aber auch auf der Seite der Migrant/innen Selbstisolationstendenzen, die national geprägt sind, Gettos, die nicht gerade integrationsfördernd sind.

Beschäftigungslage junger Migrant/innen

Auch die Beschäftigungslage von Migrant/innen oder die Lage der beruflichen Ausbildung von jugendlichen Migrant/innen bereiten uns Sorgen. Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zur Situation der Jugendlichen in dieser Stadt machen. Es gibt in Frankfurt in der Altersgruppe zwischen 14 bis 25 Jahren etwa den gleichen Anteil an deutschen und nichtdeutschen Bürger/innen. Unter diesen beträgt der Anteil der Nichtdeutschen im ausbildungsfähigen Alter fast 50%.

Wie steht's mit den Zukunftschancen dieser Frankfurter Jugendlichen mit fremdem Pass? In Rahmen einer Studie des AMKA der Stadt Frankfurt wurde im vergangenen Jahr eindeutig festgestellt, dass die schulischen Abschlüsse ausländischer Jugendlicher in den letzten Jahren wesentlich besser geworden sind. Trotzdem ist die Anzahl der ausländischen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz überdurchschnittlich hoch. Sie brechen ihre Ausbildung öfter ab und sind viel öfter arbeitslos als gleichaltrige deutsche Jugendliche.

Der Öffentliche Dienst – kein Vorbild

Die Anzahl von jugendlichen Ausländer/innen, die im Öffentlichen Dienst ausgebildet oder beschäftigt werden, ist auf Bundes-, Landes-, aber auch auf kommunaler Ebene, zu niedrig. Der öffentliche Dienst wird hier seiner Vorbildfunktion in keiner Weise gerecht. Während in der Industrie, im Handwerk oder in den Dienstleistungs-Branchen die/der ausländische Azubi oder Kollege/Kollegin selbstverständlich sind, ist die Realität in der Welt des öffentlichen Dienstes weitgehend „monokulturell“ ge-

prägt. Die multikulturelle Gesellschaft findet hier – mit Ausnahme der Reinigungs-, Entsorgungsbetriebe und Pflegedienste – nicht statt.

Wir haben in vielen Gemeinden die paradoxe Situation, dass die multikulturelle Gesellschaft schon längst eine Realität ist, aber die Verwaltungen und sozialen Dienste der Gemeinden monokulturell geprägt sind.

Wenn die These richtig ist, dass Qualifikation und Ausbildung eine unabdingbare Voraussetzung für die berufliche und soziale Integration von jugendlichen Migrant/innen darstellt, so ist festzustellen, dass die Anstrengungen im Öffentlichen Dienst unbedingt verstärkt werden müssen.

Frankfurt – Soziale Stadt – neue Nachbarschaften

Die Stadtverordnetenversammlung hat Ende des Jahres 1999 den Beschluss gefasst, dass in vier Wohngebieten ein Projekt mit dem Titel „Frankfurt – Soziale Stadt – neue Nachbarschaften“ durchgeführt werden soll. Inzwischen sind zwei dazu gekommen, so dass wir nun in sechs unterschiedlichen Quartieren das Projekt durchführen. Diese Projekte werden ausschließlich aus kommunalen Mitteln finanziert. Über das Bund-Landprogramm „Soziale Stadt“ ist die Stadt seit mehreren Jahren in Unterliederbach, demnächst im Stadtteil Gallus vertreten. Handlungsfelder des Projekts sind:

- Aktivierung der Bewohner/innen
- Verbesserung der Chancengleichheit
- Verbesserung von Beschäftigung und Qualifizierung
- Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens
- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen

Ziel der Stadt ist, dass die Bürger/innen ihre Wohngebiete nicht nur als Schlafstätten begreifen. Sie sollen befähigt werden, sich für ihr Lebensumfeld zu engagieren und lebendige Nachbarschaften zu entwickeln. Dort, wo sich Probleme und Mängel abzeichnen oder bereits vorhanden sind, sollen die Bewohner/innen dabei unterstützt werden, Mittel und Wege zu finden, um die Situation nachhaltig verändern zu können.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihrer Veranstaltung einen guten Verlauf, einen regen Ideentransfer und jeder und jedem von Ihnen viele interessante Gespräche. Vielen Dank!

Interkulturalität als Fokus einer innovativen sozialen Arbeit im Stadtteil

Die hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) sieht in ihren Bausteinen für ein Stadtentwicklungsprogramm eine „Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens im Stadtteil“ vor. Empfohlen werden Projekte, die sich auf die Ergänzung der sozialen Infrastruktur und auf zielgruppenbezogene und – in diesem Sinn spezifische – Beratungs- und Dienstleistungsangebote beziehen.

Eine zielgruppenspezifische Orientierung bedeutet jedoch für die Standorte im Programm „Soziale Stadt“, den Fokus der sozialen Arbeit auf die dort lebenden Migranten und Migrantinnen zu richten.

Vorab ist jedoch zu konstatieren, dass bisher die öffentlichen Träger der sozialen Arbeit lediglich geringe Kompetenzen in Bezug auf Migrationssozialarbeit vorweisen können. Migrationssozialarbeit ist in der Regel immer noch ein Tätigkeitsfeld von „Spezialisten“, denn aufgrund der Organisationsstruktur der sozialen Dienste der Migrant/innen bei den Wohlfahrtsverbänden und ihrer nationalitätenspezifischen Zugehörigkeit fühlten sich die öffentlichen Träger nicht zuständig. Vielfach wird beklagt, dass die Nutzungsbarrieren von Migrant/innen in sozialen Einrichtungen, Beratungsstellen und Bildungsinstitutionen zu hoch seien und sich diese Einrichtungen konzeptionell und personell nicht auf die Problemlagen der Migrant/innen einstellen würden (vgl. Dewe, Ferchhoff, Scherr, Stüwe 2001, S. 191 ff).

Migrant/innen gehören zum Alltag

Vor diesem Hintergrund und mit dem Blick auf die Bevölkerungsstatistik sollte generell von einer Neuorientierung der sozialen Arbeit die Rede sein, bei der es u.a. um sozialräumliche Konzepte und eine Einbeziehung der Lebenslagen von Migrant/innen gehen sollte. Der Fokus auf Migrant/innen und damit eine interkulturelle Sozialarbeit ist demzufolge zeitgemäß, denn:

- Es leben in Deutschland 7,3 Mill. (9%) Migrant/innen.
- 4/5 davon leben in Großstädten über 100.000 Einwohner/innen.

- Der Anteil von Migrant/innen in Großstädten über 100.000 Einwohner/innen liegt im Durchschnitt bei 15 %.
- Frankfurt am Main hat einen Migrantenanteil von 29%.
- Der Anteil der bis 18jährigen Migranteng jugendlichen beträgt im Rhein-Main-Ballungsgebiet bis zu ca. 40% (z.B. Frankfurt 38%, Hanau 33%). In einigen Stadtteilen liegt der Anteil zwischen 50 und 60%.

Jugendarbeit (KJHG §11) am Beispiel Hanau stellt sich folgendermaßen dar: 23 Einrichtungen im Bereich Jugendarbeit haben einen Besucher/innenanteil von über 40% Migranteng jugendlichen. Es gibt keine konzeptionelle Ausrichtung auf diese Zielgruppe, lediglich vereinzelt existieren kulturspezifische Angebote (Folklore). Von 25 festangestellten Fachkräften sind – bis auf eine Ausnahme – nur deutsche Mitarbeiter/innen angestellt. Erst Anfang der 90er Jahre begann eine konzeptionelle Debatte im Rhein-Main-Gebiet.

Im Altersbereich 15 – 25 Jahre (Bereich Ausbildung und Beruf/Jugendsozialarbeit KJHG §13) nahm zum Beispiel in Frankfurt in den letzten 10 Jahren der Anteil der deutschen Jugendlichen um 27% ab, während der Anteil der Migranteng jugendlichen im gleichen Zeitraum um 24% zunahm und damit einen Anteil von 47,5% erreicht hat.

Der Anteil von Migranteng kindern und - jugendlichen, die in Wohngruppen nach KJHG §34 betreut werden, liegt bundesweit bei nahezu 30%.

Die Zielgruppe der „sozialen Trainingskurse“ (KJHG §52) sind straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende im Alter von 14 – 21 Jahren. Der Anteil von nahezu 60% Migranteng jugendlichen ist auffällig hoch (Stüwe 1999, S. 48).

In den Quartieren der „Sozialen Stadt Frankfurt“ haben wir folgenden Migrant/innenanteil:

- Heisenberg/Goldstein: 47,4%
- Soßenheim (Carl-Sonnenschein-Siedlung): 41,0%
- Preungesheim (Karl-Kirchner-Siedlung): 34,0%

In Deutschland leben mindestens 1,5 Mill. Aussiedler/innen. Im Projekt „Soziale Stadt Fulda-Aschenberg“ konnten aufgrund einer Einzeluntersuchung Daten für die Aussiedler/innen festgestellt werden. Der Anteil von Aussiedler/innen im Planungsgebiet liegt bei 61%, der Anteil von Migrant/innen liegt bei 16%. Lediglich 23% sind Deutsche bzw. Autochthone.

Während in den Bereichen der „Sozialen Stadt“ in großstädtischen Räumen eher Migrant/innen aus den klassischen Einwanderungsländern leben, sind in den ländlichen Gebieten vornehmlich eher Aussiedler/innen anzutreffen. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass Aussiedler/innen, mit denen wir es heute zu tun haben, ebenso als Migrant/innen zu bezeichnen sind. Allerdings haben wir es hier mit einer anderen Lebenslage bzw. einer anderen lebensweltlichen Ausprägung zu tun (vgl. Stüwe 2002; vgl. Dilcher, Stüwe, Straß 2003, S. 32 ff).

Die multiethnische Gesellschaft ist also bereits Realität und perspektivisch steht fest, dass die Anteile der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund eher zunehmen. Vor dem Hintergrund der Krise öffentlicher Haushalte und der Konsolidierung der Staatsfinanzen werden die Konflikte zunehmen, wenn wir nicht die multiethnische Gesellschaft und die Interkulturalität als Fokus nehmen.

Lebensweltbezug auf kommunaler Ebene

Die Kommunen als unterste Politikebene im Bereich der Ausländerpolitik und multikulturellen Sozialarbeit sind einem spezifischen Dilemma ausgesetzt: einerseits sind ihre politischen Handlungs- und Gestaltungsspielräume durch die Vorgaben staatlicher Politik auf Bundesebene (Ausländerrecht und -politik) sowie landespolitischer Zuständigkeiten für bestimmte Politik- und Lebensbereiche (Beispiel Schule) erheblich eingeschränkt; andererseits sind die Kommunen der Ort, an dem die politischen und sozialen Dimensionen von Migrant/innen konkret in Erscheinung treten und sich ausprägen.

Damit liegt die unmittelbare Verantwortung für die Gestaltung der Lebensverhältnisse von Migrant/innen und Einheimischen auf der kommunalen Ebene, bzw. auf der Stadtebene. Der Alltag der Bürger/innen vollzieht sich in Nachbarschaften, Schulen und Vereinen, also im sozialen Nahraum. Hier muss praktische Toleranz und Integration geleistet werden (vgl. Dewe, Ferchhoff, Scherr, Stüwe 2001; S. 198, Krummacher 2000, S. 40).

Eine interkulturelle Sozialarbeit im Stadtteil, die praktische Toleranz und Integration als ihren Auftrag definiert, könnte die soziale und kulturelle Arbeit mit Migrant/innen als kommunal-politische Aufgabe mit lebenswelthermeneutisch sensitiven Zugängen auf

der Basis von sozialräumlich orientierten Konzepten begreifen. Das bedeutet etwa eine systematische Öffnung der sozialen Einrichtungen für die nichtdeutsche Wohnbevölkerung mit dem Abbau von Nutzungsbarrieren sowie eine Einbeziehung der sozialen Dienste für Migrant/innen als zweisprachige Dienste in das „Regelsystem der sozialen Infrastruktur“.

Interkulturelle Ansätze haben das gesamte Leben im sozialen Nahebereich zu berücksichtigen und könnten Handlungs- bzw. Lernsituationen auf der Basis der kulturellen und sozialen Vielfalt schaffen. Insofern müssen die Angehörigen der Mehrheits- und der Minderheitskultur gleichermaßen angesprochen und in die kulturellen sowie sozialen Aktivitäten mit einbezogen werden (Dewe, Ferchhoff, Scherr, Stüwe 2001, S. 201 ff). Interkulturelle Sozialarbeit bedeutet in diesem Zusammenhang das Initiieren von praktischen gemeinsamen, kooperativen Handlungsvollzügen, dies sollte in der Regel im Alltag und projektorientiert geschehen. Wesentlich ist, den Migrant/innen eine eigenständige Rolle zuzugestehen.

Eine Voraussetzung für eine gelungene subjektive soziale Integration, das besagen neuere Untersuchungen, sind ausreichende Handlungsspielräume für Individuen und Gruppen. Das bedeutet, auch die Herausbildung einer kulturellen-ethnischen Identität ist ebenso wichtig wie die Geschlechteridentität, sie ist als „unabdingbare Institution“ nicht zu leugnen oder zu verdrängen (Mario Erdheim). Vor diesem Hintergrund ist eine Binnenintegration als durchaus positiv einzuschätzen, denn hierüber kann eine kollektive Identität geschaffen werden. Allerdings darf eine Binnenintegration nicht zur Abschottung der Gruppen führen. Ausreichend Handlungsspielräume für Individuen und Gruppen zur Verfügung zu stellen, bedeutet auch, für ethnische Gruppen und Cliquen Räume und Handlungsfelder anzubieten.

Zum Begriff multiethnische, multi-kulturelle Gesellschaft

Bereits seit Mitte der 80er Jahre kann eine konzeptionelle Trendänderung in der Migrationsdebatte verortet werden. So wurde spätestens zu diesem Zeitpunkt Abschied von den sogenannten Defizittheorien einer kompensatorischen Erziehung genommen und die „Interkulturelle Pädagogik“ als eine ernsthafte Option zu den ethnozentristischen Mittelschichtorientierungen in den Aufnahmegesellschaften dargestellt. Es wurde von einem Neubeginn der curricula-

ren Arbeit gesprochen; denn eine assimilative wie auch die segregative Integration hatten ihr Ziel verfehlt. Deshalb sollte der Schwerpunkt der Konzeptentwicklung auf ein interkulturelles Lernen ausgerichtet sein (Stüwe 1996, S. 25).

Der Begriff „multikulturelle Gesellschaft“ wurde erstmals auf einem Symposium der Kirchen zum Thema „Verschiedene Kulturen – gleiche Rechte“ im Herbst 1980 benutzt. Der Begriff wurde erstaunlich schnell in der Fachöffentlichkeit und der öffentlichen Diskussion aufgenommen und akzeptiert. Er fand auch anlässlich eines CDU-Symposiums im Jahre 1983 positive Resonanz (vgl. Geißler 1990).

Der Begriff „multikulturelle Gesellschaft“ hatte jedoch nicht nur die Funktion, an die Stelle des verblassenden Labels „Integration“ zu treten, sondern er sollte vor allem ein Signal setzen und für die Beschreibung eines gesellschaftlichen Zustandes stehen. Der stets wiederkehrenden Zweckbehauptung - „Die BRD ist kein Einwanderungsland“ - wurde damit die programmatische Aussage entgegen gesetzt: „Wir leben in einer multikulturellen Gesellschaft“. Die Plausibilität dieser Aussage ist eindeutig (vgl. die Daten) und das Leugnen der multikulturellen Gesellschaft ist der eigentliche Realitätsverlust, der darin besteht, die Tatsache zu ignorieren, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland geworden ist (vgl. Geißler 1990, Dewe, Ferchhoff, Scherr, Stüwe 2001, S. 187).

Kennzeichnend für das Modell der multikulturellen Gesellschaft ist ein Mit- und Nebeneinander von verschiedenen Ethnien und eine Vielfalt von Kulturen. In einer multikulturellen Gesellschaft soll ein neues Denken und neu zu schaffende Regeln für ein gleichberechtigtes Miteinander kommunizierender Lebensformen geschaffen werden. Allerdings werden häufig die strukturellen und sozialen Faktoren außer Acht gelassen und eine Kulturvielfalt als heile Welt dargestellt.

So heißt es unter anderem: „Wir können uns glücklich schätzen, dass die kulturellen Einflüsse der Migrant/innen bei uns wirksam werden, um ein Vakuum zu füllen, denn der einzelne Mensch, der nach Orientierung, nach Lebensform, nach Lebenssinn sucht, wird diese Kulturelemente gerne aufnehmen und wohl kaum danach fragen, ob das was für ihn wertvoll erscheint einen deutschen Stammbaum hat“ (Fink 1989).

Die Migrant/innen sollen also durch ihre Kultur Farbe in die graue Welt bringen und zur Erweiterung der eintönigen Konsumkultur beitragen. Mit dem Aufruf, die kulturelle Vielfalt zu nutzen, werden auch idealistische Gedanken und Vorstellungen von einer konfliktfreien Gesellschaft transportiert, die strukturelle Zwänge und Ungleichheiten unberücksichtigt lassen. Eine solche Sichtweise als Ausdruck einer Sehnsucht nach Geborgenheit und einer heilen Welt hat vor allem drei wesentliche Ausprägungen:

Die kulturelle Variante

Fremde Kulturen sind für die Deutschen eine Bereicherung. Wir müssen darüber positiv denken. Pizza, Döner-Kebab, Zaziki, Köfte, Pluderhosen, Volksmusik und Volkstanz sind schick. Im Abwandlung von „black is beautiful“ heißt es nun, Migrantenkultur is beautiful (think positiv).

Die Gemeinschaft – Familienvariante

Ein Zurückbesinnen auf ursprüngliche Lebensformen, also idealisieren von Gemeinschaft als Antwort auf die Pluralisierung und Individualisierung von Lebenswelten.

Die pädagogisch-programmatische Variante

Durch Toleranz und Verständigung sollen gesellschaftliche Probleme gelöst werden. Das Zauberwort heißt interkulturelle Erziehung, insbesondere in Kindergarten und Schule (Dewe, Ferchhoff, Scherr, Stüwe 2001, S. 190).

Ethnizität und Kultur treffen nicht den Kern

Ethnizität und Kultur treffen nicht den Kern der Situation, denn damit können soziale und strukturelle Faktoren vernachlässigt werden:

- **Arbeitslosigkeit.** Im Mai 2003 waren 4,42 Mill. Menschen in Deutschland arbeitslos. Darunter befanden sich 480.000 Migrant/innen. Die Arbeitslosenquote insgesamt beträgt 9,5%, die der Migrant/innen 18,5%; sie ist also nahezu doppelt so hoch wie die der Deutschen. Migrant/innen sind nach wie vor in den unteren Lohngruppen vertreten. Sie sind unterrepräsentiert im Öffentlichen Dienst, Wohlfahrtsverbänden, Banken, Versicherungen sowie generell in qualifizierten Berufen.

- **Ausbildung.** Obwohl sich der Anteil der Migrant/innen mit höherer Schulbildung in den letzten Jahren verbesserte hat, kann insgesamt immer noch davon ausgegangen werden, dass Migrant/innen in Schule und Ausbildung nicht hinreichend gefördert werden (vgl. Pisa-Studie).
- **Einkommen.** Das Pro-Kopfeinkommen bei Migrant/innen ist um 20% niedriger als bei Deutschen. Die Einkommensarmut bei Migrant/innen ist zweimal so hoch wie bei Deutschen.
- **Wohnen.** Nach wie vor wohnen Migrantenfamilien in Häusern mit baulichen Mängeln und in zu kleinen Wohnungen mit schlechter Ausstattung.
- **Zugangsbarrieren zu sozialen Diensten.** Es fehlen nach wie vor muttersprachliche Fachkräfte in sozialen Einrichtungen. Es ist bekannt, dass muttersprachliche Fachkräfte den Anteil von Klient/innen mit Migrationshintergrund anwachsen lassen. Die Mitarbeiter/innen von Einrichtungen sozialer Träger haben nach wie vor zu geringe Kenntnisse über die Lebenssituation von Migrant/innen. Die Migrant/innen selbst haben eine Skepsis vor deutschen Behörden und haben schlechte Erfahrungen mit ihnen gemacht.

Multikulturalität, verstanden als struktureller Ansatz, kann jedoch nur gelingen, wenn im kommunalen Bereich die Gestaltungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden und die Akzeptanz von Multikulturalität eine politische Dimension erhält. Strukturprogramme dürfen auf der Basis eines solchen Verständnisses gerade nicht nach ethnisch orientierten Kriterien diskutiert und gelöst, sondern müssen als sozial konstruiert begriffen und bearbeitet werden.

Immer noch ist es weit verbreitet, seinen Gegenüber im Interaktionsprozess nach seiner ethnischen Herkunft anzusprechen und zu beurteilen. Dies könnte in einem multiethnischen Gemeinwesen überwunden werden.

Den Prozessen von Fremd- und Selbstethnisierung kann nicht nur pädagogisch – „gut gemeint“ – entgegen getreten werden. Regeln für gleichberechtigt nebeneinander kommunizierende Lebensformen dürfen dann nicht mehr nur auf sozial-romantischen „think positiv“ (Reduzierung auf Gemeinschaft) oder kulinarischen Determinanten (Essen, Tanzen, Musizieren) fußen, sondern neben pädagogischen Bearbeitungsformen

hätten vor allem auch sozial-politische Strategien im Mittelpunkt zu stehen. Auf dieser Basis gilt es Konzepte zu entwickeln.

Interkulturelle Kompetenz

Dennoch sollte bedacht werden, dass im Rahmen solcher Konzepte eine interkulturelle Kompetenz eine wesentliche Voraussetzung darstellt. Interkulturelle Kompetenz ist eine Haltung, die im Denken, Fühlen und Handeln zum Ausdruck kommt. Sie beinhaltet unter anderem:

- Das Bewusstsein über die eigenen Klischees und Vorurteile (jeder hat Vorurteile, das ist nicht unbedingt problematisch. Es ist jedoch wichtig sich darüber im Klaren zu sein).
- Den Standpunkt des Anderen einnehmen zu können (geteilte Wirklichkeit, Idealisierung der Vertauschbarkeit der Standorte, Idealisierung der Kongruenz der Relevanzsysteme).
- Sensibilität und Ambiguitätstoleranz.
- Auf Ressourcen der Migrant/innen achten können (Lebensweltbezug).
- Migrant/innen eine selbständige Rolle zugestehen können (Veneto-Scheib 1998, S. 42).

Konzepte zur Multikulturalität als struktureller Ansatz

Nach Krummacker (1998, S. 16 ff) muss bei einer nachhaltigen Stadtentwicklung die Migrationsrealität berücksichtigt werden. Das bedeutet:

- „Die Lebenslagen und Bedürfnisse aller Gruppen der Stadtbevölkerung, insbesondere die der sozialen und ethnischen Minderheiten müssen Ausgangspunkt und Ziel einer Stadtentwicklung sein.
- Die planerischen und sozialplanerischen Konzepte und Maßnahmen sind dem Primat der Sozialverträglichkeit für die Bewohner/innen unterzuordnen. Ebenso sollte deren Selbsthilfepotenzial erkannt, einbezogen und gefördert werden.
- Anstelle planungstechnokratischer und paternalistischer Bevormundung sollen die Betroffenen selbst, namentlich die ethnischen Minderheiten am Diskurs über die nachhaltige soziale und demokratische Entwicklung beteiligt werden“ (Krummacker 1998, S. 17).

Das bedeutet für den Stadtteil, dass ein Gesamtkonzept und ein Aktionsprogramm erstellt werden sollte. Ein solches Konzept sollte von Beginn an auf einen Diskurs aufbauen und Befragungen sowie runde Tische

als Instrumente einsetzen. Ebenso ist es angebracht, Migrantenvereine zu beteiligen. Das Entwickeln derartiger Konzepte ist für das Programm Soziale Stadt inzwischen selbstverständlich geworden, denn dort wird ein integriertes Handlungsprogramm verlangt. Das ist insofern von Bedeutung, denn ein unter Beteiligung der Betroffenen und Berücksichtigung ihrer Lebenslagen erstelltes Konzept, das kommunalpolitisch verankert wird, hat eine hohe politische Relevanz für die Akteure, zumal sie sich stets bei ihrer Arbeit darauf berufen und damit gemäß der offiziellen politischen Linie handeln können (von bottom up zu top down).

Das Gesamtkonzept sollte an folgende Voraussetzungen gebunden sein:

- Ausschöpfen der Gestaltungsmöglichkeit im sozialen Nahbereich durch Einflussnahme auf die soziale Infrastruktur. Zugleich Vernetzung und Koordinierung von sozialen Angeboten sowie Abbau von Nutzungsbarrieren von Migrant/innen in sozialen Einrichtungen der „Regelversorgung“. Das bedeutet unter anderem Einstellen vor allem von Fachkräften mit Migrationshintergrund und das Schaffen von interkultureller Kompetenz bei den Mitarbeiter/innen von sozialen Einrichtungen durch Fortbildungsprogramme.
- In den Minderheitengruppen sollten Hilfen auf vielerlei Ebenen gegeben werden, um ihre Identität im sozialen Nahbereich zu entwickeln und zu stabilisieren. Das bedeutet, eine Unterstützung von Migranteninitiativen und Migrantengruppen zur Errichtung und zum Betreiben von Treffpunkten. In diesem Zusammenhang gilt es auch, die ethnischen Kleinbetriebe (Handwerk, Gaststätten, Einzelhandel) im sozialen Nahbereich zu berücksichtigen. Die Kleinbetriebe sind nicht nur für die Versorgung des sozialen Nahbereiches von Bedeutung, sie sind auch in der Lage Arbeitsplätze bzw. Ausbildungsplätze zu schaffen.
- Eingebettet im sozialen Nahbereich soll es Angebote und Hilfen für informelle Jugendgruppen (Cliques) geben; auch ethnische Gruppen. Dabei geht es insbesondere darum, diesen Gruppen eine Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Identität zu geben.
- Unterstützung bei der Abwehr von „ausländerfeindlichen Stigmatisierungsprozessen“. Das bedeutet, in der Kommune eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit im Verbund mit deutschen und ethni-

schen Organisationen bzw. Gruppen zu leisten. Auch die ethnischen Gruppen sollen auf der institutionellen Ebene gestärkt werden und ebenso ist dafür zu sorgen, Beiräte und Vereine aufzuwerten. Sinnvoll können in diesem Zusammenhang auch Antidiskriminierungsstellen sein.

Literatur:

Dewe, Bernd / Ferchhoff, Wilfried / Scherr, Albert / Stüwe, Gerd: Professionelles soziales Handeln. Weinheim 2001³.

Dilcher, Rainer / Straß, Peter / Stüwe, Gerd: Vergleichende Untersuchung über Projektgebiete der Sozialen Stadt in Frankfurt und Fulda, Frankfurt 2003.

Fink, Ulf: Multikulturelle Gesellschaft - Realität heute, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1989.

Geißler, Heiner: Zugluft. Politik in stürmischer Zeit. Gütersloh 1990.

Krummacher, Michael: Zur Partizipation von Migranten als Ressource nachhaltiger Stadtentwicklung, in: Migration und soziale Arbeit, Heft 3-4, 1998, S.16 – 21.

Krummacher, Michael: Agenda interkulturelle Stadtpolitik als partizipativer Planungsprozess am Beispiel der Stadt Essen, in: Migration und soziale Arbeit, Heft 2, 2000, S. 40 – 45.

Stüwe, Gerd: Migranten in der Jugendhilfe, in: Migration und soziale Arbeit, Heft 3-4, 1996, S. 25 - 29.

Stüwe, Gerd: Migration und Jugendhilfe, in: Migration und soziale Arbeit, Heft 3-4, 1999, S. 48.

Stüwe, Gerd: Stichwort „Ausländerpolitik“ in: Deutscher Verein für öffentliche und privat Fürsorge (Hg.). Fachlexikon der Sozialen Arbeit, Frankfurt 2002 (Neuaufgabe).

Veneto – Scheib, Valentina: Öffnung der Regeldienste und interkulturelle Kompetenz in der Beratung von MigrantInnen, in: Migration und soziale Arbeit, Heft 1, 1998, S. 42 – 44.



Kontakt:

Prof. Dr. Gerd Stüwe
 Fachhochschule Frankfurt am Main
 University of Applied Sciences
 Institut für Migration und Interkulturelle
 Kommunikation
 Fachbereich 4
 Nibelungenplatz 1, Geb. 10
 60318 Frankfurt am Main
 Tel.: 069/1533-2815
 Email: stuewe@fb4.fh-frankfurt.de

Christine Knüppel
Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultu-
reller Zentren Hessen e.V. und Geschäftsführerin des Kulturzentrums Schlachthof, Kassel

Moving cultures – Stadtteil- **arbeit schafft Integration**

Vor dem Hintergrund meiner langjährigen Erfahrungen in der Soziokultur – seit vielen Jahren Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren Hessen und Geschäftsführerin des Kulturzentrums Schlachthof, eines der großen hessischen soziokulturellen Zentren – möchte ich in meinem Beitrag darlegen, welche Chancen und Potenziale in soziokulturelle Strukturen für die Arbeit in benachteiligten Quartieren liegen.

Meine These ist: die Ressourcen und Möglichkeiten von Kulturarbeit im Prozess sozialräumlich-orientierter Kinder- und Jugendhilfe werden nicht ausreichend genutzt und liegen noch weitgehend brach.

Soziokulturelle Arbeit – eine positive Bilanz

Es gibt vielerorts inzwischen einen breiten Konsens darüber, dass Kunst und Kultur geeignete Medien und Methoden zur Förderung von individuellen und gesellschaftlichen Integrationsprozessen bieten. Bundesweit anerkannt und viel gelobt ist darüber hinaus die positive Bilanz soziokultureller Arbeit, deren kulturelle Strategien und interdisziplinäre Projekte im Spektrum von Kultur-, Bildungs- und Sozialarbeit eine nachhaltig erfolgreiche soziale und kulturelle Integration von zugewanderten Menschen in unserer Gesellschaft dokumentieren. Julian Nida-Rümelin sprach in seiner Antrittsrede als Staatsminister für Kultur und Medien überzeugend von der „Erfolgsstory Soziokultur“. In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur Soziokultur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion heißt es zum Schluss: „Die Bundesregierung erkennt die große Bedeutung der soziokulturellen Zentren uneingeschränkt an.“

Dieser positiven Einstellung stehen soziale und sozialpolitische Entwicklungen entgegen. Wie Sie alle wissen, spitzen sich die Probleme in vielen Quartieren durch Rekordquoten von Arbeitslosen- und Sozialhilfebezieher/innen zu, ist die rasante Dynamik der Segregationsspirale, die zwangsläufig eine Benachteiligung, sprich Ausgrenzung

und Diskriminierung von dort lebenden Kindern und Jugendlichen zur Folge hat, kaum aufzuhalten. Dem wird Rechnung getragen in Programmplattformen wie dem E&C-Programm, das versucht diesen Abwärtstrend zu stoppen und eine positive Entwicklung einzuleiten.

Sozialräumliche Netzwerke

Der Grundsatz der zugrundeliegenden Programmatik ist erfolgversprechend, denn sie setzt voraus bzw. macht zur Verpflichtung, dass im Verbund, im sozialräumlichen Netzwerk, Lösungsstrategien eingeleitet werden. Hinfällig ist damit die Annahme, dass *ein* Politikfeld – sei es der Bildungs- oder der Sozialbereich – mit den jeweiligen systemspezifischen Handlungsstrategien allein in der Lage ist, auf die vielschichtigen Problemkonstellationen einzuwirken.

Lösungsansätze mit einer nachhaltigen Wirkung, wie es eine Vielzahl von bereits praktizierten positiven Beispielen belegen, können nur aus dem Zusammenwirken der verschiedenen Professionen heraus entwickelt werden. Die verschiedenen Instanzen vor Ort müssen ihre Ressourcen und Kompetenzen bündeln und ein sozialräumliches Netzwerk etablieren.

Kulturakteure einbinden

Festzustellen ist, dass in dieser innovativen Programmatik und den daraus resultierenden neuen Kompetenznetzwerken eine Verknüpfung oder Einbindung von Kulturarbeit nicht vorgesehen ist bzw. nicht realisiert wird. Akteure aus dem Kulturbereich fehlen in der Regel oder sind unterrepräsentiert in Arbeitskreisen zur Migrationsarbeit oder an den Runden Tischen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Vor diesem Hintergrund möchte ich darlegen, dass Kultur und insbesondere die Ansätze eines erweiterten Kulturbegriffes, wie ihn die Soziokultur vertritt, eine wichtige Funktion in Integrationsprozessen von benachteiligten Jugendlichen übernehmen kann. Diese mir unerlässlich erscheinende Perspektive der Verknüpfung von Kultur- und Integrationsarbeit werde ich aus der Praxis und den Grundsätzen soziokultureller Arbeit heraus herleiten. Dabei möchte ich Ihnen Einblicke in die Arbeit des Kulturzentrums Schlachthof geben und anhand von Praxisbeispielen die Wirkungsweise der Arbeit veranschaulichen.

Anschließend möchte ich exemplarisch einige Voraussetzungen und Bedingungen,

bzw. aktuelle vorhandene Hemmnisse für die Einbindung von Kulturarbeit in ein vernetztes Handlungskonzept zur Integration von benachteiligten Jugendlichen aufzeigen.

1. Soziokultur eröffnet individuelle Chancen

Im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre entstanden vielfältige kulturelle Ausdrucksformen, die sich gegen die herkömmlichen starren Kunst- und Kulturformen in Theatern und Museen wandten. Gefordert wurde „Kultur für alle, von allen“. Mittlerweile haben sich bundesweit über 500 Kulturzentren, -häuser oder -läden etabliert, knapp 30 davon in Hessen.

So sperrig und uneindeutig der Begriff Soziokultur zuweilen erscheinen mag, so lebendig ist die dahinterstehende Kulturarbeit, die sich auf einen erweiterten Kulturbegriff bezieht.

Soziokulturelle Zentren sind keine reinen Kulturanbieter und erst recht nicht mit kommerzieller Ausrichtung, sondern sind Orte für Demokratie und Dialog, für Prävention und Partizipation, für Mitmachen und Mitgestalten.

Allein in Hessen bieten sie Platz für Hunderte von gesellschaftspolitisch aktiven Gruppen und Projekten oder Probe- und Auftrittsmöglichkeiten für unzählige lokale Bands und Theaterprojekte. Neben der traditionellen Sozial- und Gemeinwesenarbeit werden bedarfs- und zielgruppenorientierte Bildungsangebote entwickelt und durchgeführt, die helfen, niedrigschwellig Bildungsdefizite abzubauen und Integration zu fördern.

Ziel ist

- die Förderung von Eigeninitiative und -betätigung,
- die Entwicklung kreativer Potenziale,
- die Einbeziehung verschiedener Altersgruppen, sowie sozialer oder ethnischer Minderheiten.

Wichtiges Primat der Zentren ist die Gewährleistung von Nutzerorientierung, demokratischen Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen.

22 Millionen Menschen bundesweit besuchten laut Statistik der Bundesvereinigung im Jahr 2000 rund 68.000 kulturelle Veranstaltungen und über 7.000 kontinuierliche Angebote (Beratung, Kurse etc.). Unter den Nutzer/innen sind viele Jugendliche und junge Erwachsene (lt. Großer Anfrage der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion: 36% = 7,9 Mio. unter 20 Jahren, 47 % zwischen 21 und 40 Jahren – insgesamt 18 Mio. unter 40 Jahren).

„Moving Cultures – Stadtteilarbeit schafft Integration“ so die Überschrift meines Beitrages. Moving cultures – bedeutet für die Arbeit des Kulturzentrums Schlachthof die Verknüpfung von Alltagserfahrung, Bildungsarbeit und kulturellen Ereignissen ob als Rezipient/in oder Akteur/in.

Kulturzentrum Schlachthof – eingebettet ins Quartier

Im Rahmen des regelmäßigen Kulturprogramms des Kulturzentrums Schlachthof geht es einerseits um die Präsentation unterschiedlicher Musiktraditionen, dem vermeintlich Authentischen, Ursprünglichen und Unverfälschten, dem Vertrauten für die bei uns lebenden Fremden und dem Fremdartigen für die Einheimischen. Andererseits geht es um kulturelle Interaktion und Prozesse, wenn z.B. bei Projekten und künstlerischen Produktionen zwischen eritreischen Musiker/innen und den Mitgliedern einer deutschen Jazzband die unterschiedlichen Musiktraditionen aufeinandertreffen und zusammenwirken, dabei etwas Neues geschaffen wird, wenn sie gleichsam gemeinsam den Weg, die Stationen von Migrationsbewegungen und Flucht erfahrbar, hörbar machen.

Über viele Jahre gab es im Kulturzentrum Schlachthof Saz-Werkstätten, in denen Väter oder Großväter der nachfolgenden Generation traditionelle türkische Musiktraditionen aus ihrer Heimat weitergegeben haben. An die Stelle dieses bewahrenden kulturellen Ausdrucks ist in der Zwischenzeit das Phänomen des HipHop getreten. In der Hip-hop-Station unseres Jugendzentrums wird heute allabendlich gerappt, gescratcht und gebreak-danced. Die Texte in einem Gemisch aus Deutsch-Türkisch machen deutlich, dass die Jugendlichen Alltagserfahrungen aus der Familie, der Schule oder dem Stadtteil be- bzw. verarbeiten, seien es die Übertretungen von religiösen Normen oder der Konflikt mit der Staatsgewalt.

Jugendarbeit hat für eine interkulturelle Stadtteilarbeit einen besonderen Stellenwert,

so dass das Kulturzentrum Schlachthof sich um die Übernahme des ehemals städtischen Jugendzentrums bemüht hat und dies seit nun mehr 5 Jahren in eigener Trägerschaft

führt. Wie in anderen Jugendzentren ist der Ansatz dieser Jugendkulturarbeit, die Jugendlichen in ihrer Lebenswelt abzuholen.

Der offene Bereich des Jugendzentrums bietet eine Möglichkeit, die Freizeit zu verbringen und eröffnet niedrigschwellige Angebote, sich kulturell zu betätigen, ob beim Rappen, Tanzen, Filmen oder beim Erlernen des DJ-Handwerkes.

Der nächste Schritt ist das Öffnen und Präsentieren dieser eigenen Aktivitäten, z.B. beim Einsatz als DJ, bei Festen im Saal, auf der Bühne beim Internationalen Frühlingsfest.

Internationales Frühlingsfest

Dieses alljährliche Straßenfest des Kulturzentrums Schlachthof ist nach anfänglicher Skepsis gegenüber dieser nicht so ganz einzuschätzenden Initiative aus Studierenden, Künstler/innen, Sozialarbeiter/innen, Jugendlichen und ‚Gastarbeiter/innen‘ zu einem beliebten Stadtteil- und Szenefest avanciert. Das Fest präsentiert die Aktivitäten des Zentrums und dient nicht nur der kulturellen Belebung des Stadtteils, sondern hat sich zu einem besonderen Identifikationspunkt entwickelt: Die kulturelle Vielfalt des Quartiers zeigt sich mit all seiner Lebendigkeit und wird als Potenzial und Ressource empfunden. Man ist stolz auf das Straßenfest, das eine so große Resonanz ‚von außen‘, aus anderen, ‚besseren‘ Quartieren erfährt.

In jedem Jahr sind mehr als 200 Ehrenamtliche in die Festvorbereitung und Durchführung eingebunden: beim Aufbau der Stände, beim Getränkeauschank, Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Deutschkursen backen Kuchen, die Migrantenvereine aus dem Haus bieten kulinarische Köstlichkeiten aus der ganzen Welt. Jugendliche aus einer Maßnahme zur sprachlichen Förderung haben sich in diesem Jahr in besonderem Maße in die Vorbereitungsarbeiten des Festes eingebracht und über die verbindliche Kurszeit hinaus beim Aufbau von Bühnen und Ständen mitgeholfen. Auf ihren Gesichtern war deutlich der Stolz und die Freude abzulesen, als dann weit über 5.000 Menschen gemeinsam miteinander feierten.

Ein gemeinsames Fest als Ankerpunkt für kulturelle Aktivitäten ganzer Familien, das Identität schafft, eine Einbindung in den Stadtteil gewährleistet und zur Imageverbesserung beiträgt.

Documenta – Kunstprojekt mit Jugendlichen

Ein weiteres, zuerst sehr spektakuläres Beispiel sei angeschlossen: Der Documenta-Künstler Thomas Hirschorn hat durch eine verantwortliche Beteiligung von Jugendlichen aus der Nordstadt bei der letzten Documenta im Jahr 2001 in beispielhafter Weise einen Prozess zur Motivierung und Reaktivierung von Eigeninitiative von benachteiligten Jugendlichen durch die Erstellung und Mitgestaltung seines Kunstwerkes in Gang gesetzt und gefördert.

Die Wöhlersiedlung ist eine Siedlung des Sozialen Wohnungsbaus mit einer problematischen sozial schwachen Mieterstruktur, einer vernachlässigten Bausubstanz, mit absoluten Defiziten in der sozialen und kulturellen Infrastruktur und einer hohen Verkehrsbelastung.

In Mitten dieser Siedlung haben die Jugendlichen das Kunstwerk „Bataille-Monument“ aufgebaut. Das Kunstwerk bestand aus 9 Holzbauten, in denen u.a. eine Ausstellung über den französischen Philosophen Bataille, ein Imbiss, eine Bibliothek, ein PC-Raum, ein Fernsehstudio untergebracht waren sowie ein Denkmal. Die Jugendlichen betreuten die Räume, übernahmen den Transport der Besucher/innen per Kunsttaxi von den Hauptstandorten der Kunstaussstellung in die Peripherie von Kassel, sie waren das Medienteam mit täglicher Sendezeit im lokalen offenen Kanal und betrieben den temporären Imbiss. Die Wertschätzung und Anerkennung ihres Tuns wurde von den Jugendlichen wahrgenommen und stärkte ihre Verbindlichkeit und ihr Selbstwertgefühl. Dies wurde durch die verbindliche und verbindende Persönlichkeit des Künstlers unterstützt, der klare Anforderungen an eine Zusammenarbeit formulierte und bei Zuwiderhandlungen (wie Diebstahl von Videorekordern) eindeutige Konsequenzen folgen ließ.

Da nicht immer und erst recht nicht überall Documenta ist, scheint dies ein singuläres Highlight zu sein. Das wiederholbar zu machen für eine größere Gruppe von Beteiligten und mit überschaubarem Aufwand ist die entscheidende Aufgabe, die es in den Stadtteilen zu leisten gilt.

Medienprojekt Xenia

Das Medienprojekt Xenia (gefördert im Xenos-Programm durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) beinhaltet eine neunmonatige Qualifizierung von zugewanderten Mädchen und jungen Frauen im

Bereich neuer Medien und IT. Erstellt werden im Rahmen von Medienkompaktwochen Medienprodukte wie Radio- oder TV-Feature, die vom Freien Radio Kassel oder dem Offenen Kanal ausgestrahlt werden, Plakate oder Postkarten, auf denen sich die Mädchen mit der Thematik „Ausgrenzung und Ausländerfeindlichkeit“ auseinandersetzen, d.h. mit Erfahrungen und Situationen, die leider z.T. ihre eigenen sind. Begeistert von dem ‚auf Sendung sein‘ oder der Erfahrung als Kamerafrau, ist die Quote der Abbrecherinnen in dieser Maßnahme sehr gering und die Zahl derjenigen, die im Anschluss eine schulische oder berufliche Ausbildung aufnehmen, sehr hoch.

Quasi beiläufig werden im Verlauf des Lehrgangs wichtige berufliche und soziale Schlüsselqualifikationen erworben. Der Erfolg und das Durchhaltevermögen werden mit einem Zertifikat, dem Europäischen Computerführerschein ECDL, belohnt.

Die Erfahrung, dass vor allem Mädchen mit Migrationshintergrund benachteiligt sind beim Zugang zu den neuen Medien, hat den Impuls gegeben, ein Projekt zu konzipieren, Fördermittel zu beantragen, räumliche und technische Voraussetzungen zu schaffen (Stadtteiletage Nordstadt) und die Durchführung der Maßnahme mit dem Jugendberufshilfeträger BuntStift im Kooperationsverbund zu realisieren.

Stadtteilzeitung „Nordwind“

Mit der alle drei Monate erscheinenden Stadtteilzeitung „Nordwind“ hat sich mit Beginn des Nordstadtprojektes und der Aufnahme in die Förderkulisse des Bundesländer-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ ein neues Informations- und Kommunikationsmedium entwickelt.

Jugendliche bzw. Gruppen von Kindern und Jugendlichen sind durch das Verfassen von Beiträgen bzw. einer Jugendnummer beteiligt, bringen Meinungen und Interessen ein und lenken den Blick auf den Stadtteil aus ihrer Sicht. Über die redaktionelle Arbeit hinaus führen einige jugendliche Auszubildende, die u.a. über das Medienprojekt Xenia motiviert werden konnten und eine Ausbildung beim Jugendberufshilfeträger BuntStift aufgenommen haben, die grafische Gestaltung und Endproduktion der Zeitung aus.

Letztendlich gewährleisten die Jugendlichen aus dem Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr eine Verteilung der Zeitungen in

den Geschäften, Kneipen, Arztpraxen und anderen Lokalitäten des Stadtteils.

Alle im Nordstadtprojekt beteiligten Träger sind entweder an der Redaktion oder an der Produktion beteiligt und machen die beschriebenen Synergien möglich.

Die Beispiele machen deutlich, dass eine konsequente Einbeziehung der Jugendlichen in reale gesellschaftliche Gestaltungsprozesse Motivation und Anerkennung zur Folge haben, die ein wichtiger Impuls und die Voraussetzung für Jugendliche sind, Wege aus dem Kreislauf der Benachteiligung heraus zu gehen.

Kultur ist dabei nicht nur in den Einstiegssituationen attraktiv, sondern Motor für längerfristige Prozesse.

Es zeigt sich, dass vielfach der Erwerb und das Training von sozialen und beruflichen Schlüsselqualifikationen ganz beiläufig erfolgt.

Die Beispiele zeigen auch, dass es der Freiräume bedarf, kreative Potenziale von Jugendlichen (wieder) zu entdecken und ihnen eine Möglichkeit zur Erfahrung mit sich selbst und ihren Fähigkeiten zu bieten. Reduziert sich die Integrationsarbeit auf die klassischen Betreuungs-, Beratungs- und Bildungsmodule und beschränken sich diese darauf, ein eng strukturierendes Casemanagement für die Jugendlichen zu konzipieren, so vernachlässigen sie identitäts- und sinnstiftende Aspekte und Vergewisserungen der jugendlichen Individuen als Voraussetzung für reale Zukunftschancen.

2. Kooperation eröffnet institutionelle Chancen

Sie alle werden in Ihrer Arbeit erfahren haben, dass konstruktive Kooperationen möglich und ausbaufähig sind. Wichtig dabei ist es, weiterhin das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Kooperationen zu fördern.

Eine wichtige Voraussetzung ist, dass sich die Beteiligten der verschiedenen Systeme z.B. des vorschulischen Bereichs, der Schule, der Jugendhilfe, der Jugendberufshilfe oder aus den Kultureinrichtungen in staatlicher oder freier Trägerschaft ihre recht unterschiedlichen Strukturen vergegenwärtigen. Denn die strukturellen Diskrepanzen und Differenzen bedingen unterschiedliche Selbstverständnisse, Denk- und Handlungsweisen, welche als unbewusste Hintergrundsrauer schnell zum Scheitern füh-

ren können. Die gegenseitige Akzeptanz ohne eine Hierarchisierung der Professionen oder Kompetenzen muss den Grundstein für eine Kooperation „auf gleicher Augenhöhe“ legen.

Stadtteiletage Nordstadt – ein Kooperationsbeispiel

Ein Beispiel aus dem Kasseler Norden: Die „Stadtteiletage Nordstadt“, deren Ausbau und Betrieb durch die Förderungen der Europäischen Union (Urban und ESF) und das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ im August 2002 realisiert werden konnte, versucht das Obengenannte in die Praxis umzusetzen und erlebt zur Zeit die Vor- und Nachteile von Vernetzung.

Vier Träger, das Kulturzentrum Schlachthof, der Jugendberufshilfeträger BuntStift, der Internationale Bund für Sozialarbeit und das Jugendamt der Stadt Kassel haben sich in einer Trägergemeinschaft zusammengeschlossen und zeichnen gemeinsam für Freizeit-, Bildungs-, Qualifizierungs- und Sportangebote vor allem für Jugendliche aus dem Stadtteil verantwortlich. Untergebracht sind dort u.a. das Medienprojekt Xenia (Schlachthof), das Freiwillige Soziale Trainingsjahr (BuntStift), das bundesweit bekannte Boxcamp für Jugendliche (IB) und die „Kliquenbetreuung“ des städtischen Jugendamtes. Politisch durchgesetzt werden konnte die Schaffung von neuen Räumen für Jugendliche nur durch den Zusammenschluss der vier Träger, die in der Entwicklungsphase schnell gemerkt haben, dass sie ihre unterschiedlichen Interessen und Ziele präzisieren und einen Interessensabgleich vornehmen müssen.

Zu klären waren Raum- und Ausstattungsansprüche vor den Hintergrund individueller und gemeinsamer Nutzungen, z.B. des neuen Medienraumes mit 15 PC-Arbeitsplätzen. Inhaltliche Projekte sind nicht mehr nur zu betrachten als trägerspezifische Auslagerungen, sondern als Teile eines neuen gemeinsam zu entwickelnden Profils.

Darüber hinaus werden zur Zeit Aufgaben definiert, Zuständigkeiten festgeschrieben und eine verbindliche (nicht zufällige) Kommunikationsstruktur aufgebaut. Konflikte wie: „Haben die Teilnehmer von BuntStift oder dem Schlachthof das Chaos im gemeinsamen Bistro hinterlassen?“, spiegeln uns im Alltag immer wieder, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben. Dabei gilt es sowohl starres bürokratisches Handling in der städtischen Verwaltung, die Abgrenzun-

gen zwischen unterschiedlichen Ämtern zu überwinden als auch das Konkurrenz- und Abgrenzungsdenken freier Träger untereinander aufzubrechen.

Die Anpassung von Handlungskompetenzen ist auf allen Seiten ein wichtiger Schritt, damit eigenständiges zeitnahes Umsetzen und Durchführen autorisiert ist.

Stadtteilbezogene Kulturarbeit finanziell absichern

Für die Realisierung einer Einbindung von soziokultureller Arbeit in eine sozialräumliche Integrationsarbeit, ist eine Erhöhung der finanziellen Ressourcen notwendig, d.h. es bedarf zusätzlicher Förderprogramme mit expliziter Ausrichtung auf stadtteilbezogene Kulturarbeit auf kommunaler wie staatlicher Ebene.

Der zunehmende Trend in der Kulturförderung ist die Konzentration auf einmalige repräsentative Großereignisse mit z.T. unglaublich hohen Subventionen. Demgegenüber gilt für die Soziokultur leider auch nach 25 Jahren, dass viel Kreativität und Improvisationstalent immer noch in der finanziellen Sicherung der Arbeit gebunden ist. Die Leistungen der Soziokultur werden auf dem Hintergrund bescheidener nicht öffentlicher Subventionen, für die es keine Planungssicherheit gibt, durch einen großen Anteil eigenerwirtschafteter Mittel von wenigen und zudem unterbezahlten hauptamtlich Beschäftigten und einem hohen Maß an Ehrenamtlichkeit erbracht. Nach wie vor macht die Förderung der soziokulturellen Zentren in den Kulturhaushalten im Vergleich zur Bezuschussung etablierter Kultureinrichtungen einen zu geringen Bruchteil aus.

Festzustellen ist, dass die Soziokultur ganz sicher wenig finanzielle Synergien für die Prozesse der Bündelung und Vernetzung zur Folge haben wird. Unzweifelhaft ist jedoch, dass ein großes Potenzial an inhaltlichen Kompetenzen und langjähriger Erfahrungen eingebracht werden kann.

Deshalb muss ich die Forderung nach der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Kulturarbeit in integrationsfördernder Stadtteilarbeit gerade vor dem Hintergrund der hoch verschuldeten Haushalte in Bund, Land und Kommunen noch einmal ausdrücklich betonen. Denn bei dem gebotenen Kürzungsszenario wird zu aller erst bei den freiwilligen Leistungen, zu denen nun einmal die Kultur gehört, angesetzt. Angesichts der Deckelung von Budgets könnte in der Umwidmung

z.B. von investiven Mitteln kurzfristig eine Interimslösung liegen.

Ich denke, dass die Einbindung von Kulturarbeit die Langfristigkeit und notwendige Kontinuität von Strategien mehr in den Blickpunkt setzen wird.

Politik und damit auch die Akteure vor Ort stehen unter dem Druck, öffentliche Mittel effizient eingesetzt zu haben. Kurzfristig müssen Erfolge vorzuweisen sein, müssen quantifizierte Verbesserungen aus Statistiken herauszulesen sein, wie die Anzahl der in Bildungsmaßnahmen Vermittelten oder die Abnahme von kriminellen Delikten im Stadtteil. Die Realisierung dieser Zielsetzungen ist unstrittig, jedoch nicht nur über eine Erhöhung von reinen Betreuungsleistungen oder immer differenzierteren Bildungsmodulen erreichbar.

Ich denke, die Chance für den Erfolg und die Nachhaltigkeit von quartiersbezogenen Prozessen liegt in der Kontinuität und einer gewachsenen vielschichtigen Angebotsstruktur, einem Mix, der eine Durchlässigkeit und Ganzheitlichkeit für die Betroffenen beithält.

Die ausgeführten Praxisbeispiele haben deutlich gemacht, dass soziokulturelle Zentren oder Initiativen über eine Haus- und Stadtteilbindung, über das Gewährleisten von jahrelanger Kontinuität die Identifikation von Jugendlichen und Erwachsenen fördern können. Soziokulturelle Strukturen bieten Kristallisationspunkte und niedrighschwellige Lernorte und können zu Knotenpunkten im lokalen Kooperationsnetz entwickelt werden, wenn sie es nicht bereits sind.

Kontakt:

Christine Knüppel
Landesarbeitsgemeinschaft Soziokulturelle
Zentren Hessen e.V.
Kulturzentrum Schlachthof Kassel
Kemal-Altun-Platz
Mombachstr. 12
34127 Kassel
0561/98350-0
0561/98350-20
info@schlachthof-kassel.de

Uwe Michele, Quartiermanagement
„Soziale Stadt“ Biebrich SüdOst GWA,
Caritasverband Wiesbaden e.V.

„Buntes Leben“ auf dem BauHof – „Von der Straße auf die Bühne“

Kultursommerfest als Abschluss der Aktionswochen für „Demokratie und Toleranz“ am 24. Mai 2003 in Wiesbaden-Biebrich

„Lebendigkeit und Identität eines Stadtteils beruhen auf der Vielfalt seines kulturellen Lebens“

Träger

Projektgruppe der Stadtteilkonferenz Biebrich

Entstehung

Die Entwicklung und Implementierung eines lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie in Wiesbaden-Biebrich in 2001, gefördert und (mit 60.000 €) finanziert über das E&C-Programm „Maßnahmen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ ist Ausgangspunkt für die erfolgreiche Projektentwicklung „Buntes Leben“. Die erfolgreiche Aufstellung des LAP über das Netzwerk Quartiermanagement „Soziale Stadt“ und lokale Akteure hat nachhaltige Wirkung: Einrichten der örtlichen Jugendhilfe und Jugendgruppen des Stadtteils beteiligen sich aktiv mit trägerübergreifenden Aktionen und Projekten zum Thema Demokratie und Toleranz an der „Sozialen Stadteilerneuerung“ Biebrich SüdOst..

Aktionswochen und Kultursommerfest gelangen als Ergebnis einer Zukunftswerkstatt der Stadtteilkonferenz in 2002 mit der Bildung einer trägerübergreifenden Projektgruppe zur Konzeptentwicklung und Erstellung einer Veranstaltungsreihe mit mehr als 30 Aktionen innerhalb von 14 Tagen mit der Zielgruppe: Biebricher Bevölkerung aller Altersstufen und nationalitätenübergreifend. Abschluss und Präsentation der Ergebnisse auf einem gemeinsamen Kultursommerfest mit 21 beteiligten Institutionen und Vereinen (8 Vereine, 4 Kindertagesstätten, 3 Schulen, 2 Jugendzentren, Caritasverband, Kirchengemeinde, Altenpflegeheim, Gewerbe).

Zielsetzung

- Vernetzte trägerübergreifende Zusammenarbeit
- öffentlichkeitswirksam
- bewohneraktivierend, Partizipation
- Interkulturelle Aktionen zum Themenfeld „Integration“
- Kultur-Erschaffen
- Abbau von Fremdenfeindlichkeit
- Erfahren und Umsetzen von Toleranz und Demokratie

Kulturelle Bereiche und Angebote

- Beteiligungsprojekt mit Künstlerin
- Kochkurse für Kinder und Frauen
- Foto- und Postkartenaktion
- Kinofilme
- Theateraufführung
- Aufführungen erarbeiten (Musik, Theater, Zirkus, Hip-Hop, Tanz)
- Kultur vor Ort (7 Gruppen aus Biebrich auf der Bühne)
- Filmproduktionen
- Lesungen
- Stadtteilrallye
- Mädchenkultur
- Ausstellungen, Tage der offenen Tür
- Projektarbeit
- interkultureller Unterricht
- Führungen durch das Biebricher Schloss und den Schlosspark
- kostenloser Eintritt ins Heimatmuseum
- Erzählcafe
- Stadtteilradio

Finanzierung

Das aus dem Lokalen Aktionsplan 2001 abgeleitete Projekt „Buntes Leben“ Biebrich 2003 wurde lediglich mit Spendenmitteln aus Industrie, Handel, Wirtschaft, Wohnungsbaugesellschaft, Ortsverwaltung und Jugendamt, Eigenmittel der freien Träger, Vereinsring Biebrich, Zuschuss für Öffentlichkeitsarbeit/ Werbung aus „Soziale Stadt-Mitteln“ finanziert.

Teilnehmer/innen

In den beiden Aktionswochen wurden die ca. 30 Angebote von über 1500 Menschen besucht. Auf dem Abschlussfest konnten ca. 1000 Besucher/innen gezählt werden.

Reaktionen

- 9 Zeitungsberichte begleiteten das Projekt.
- Die Biebricher Bevölkerung, vor allem Kinder und Jugendliche, nahmen zahlreich an den Aktionen teil.
- Hohe Wertschätzung der Veranstaltungen durch Politik und Wirtschaft.
- Projektweiterführung in 2003/2004 hat für die Stadtteilakteure hohe Priorität.

Kontakt:

Caritasverband Wiesbaden e.V.
Stadtteilbüro Bauhof
Teplitzstr. 17
65203 Wiesbaden-Biebrich
Quartiermanagement: Walter Barth
Tel. 0611/4115832, Fax: 0611/4115827
mail: biebrich-suedost@t-online.de

Edwin Herrmann und Thomas Witzel
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Frankfurt

Bericht aus dem Themenforum

Um eine diskussionsfähige Arbeitsgruppe zu erhalten, wurde dieses Themenforum mit dem Forum „Kunstweg durchs Westend“ zusammengefasst.

Von der Straße auf die Bühne: Kultursommerfest BauHof, Wiesbaden

Kunstweg durchs Westend, Ludwigshafen: Kinder als kleine und kreative Bürger der Stadt

Vor dem Hintergrund der Situation in den beiden Stadtteilen wurden zahlreiche Kunst- und Kulturprojekte vorgestellt:

- Fahnenbauaktion „Die Sehnsucht nach dem Wind oder Fahnen sind lustig“
- Offene Bühne für junge Talente
- Straßenmalaktion: „Bilderstraße – Straßenbilder“
- Fassadengestaltung mit Großfotoinstallationen (geplant)
- Spielplatzneugestaltung mit begehbaren Skulpturen
- Kinderzirkusprojekt
- Stadtteilstiftung als Abbild vorhandener aktiver Gruppen und Initiativen

Bei aller Unterschiedlichkeit zwischen den beiden Stadtteilen (u.a. wenig ehrenamtliche Strukturen in Ludwigshafen dafür mehr als 21 Initiativen als Träger des Kultursommerfestes in Wiesbaden-Biebrich) gibt es doch erkennbare Gemeinsamkeiten bezüglich des „Einsatzes“ und der Bedeutung von Kunst- und Kulturarbeit:

- Kunst- und Kulturarbeit als Möglichkeit, die Dominanz der verbalen Ebene zumindest punktuell zu verlassen; Sprachbarrieren „spielerisch“ zu überwinden
- die Möglichkeit eigene – bisher nicht entdeckte bzw. nicht wichtig genommene – Kompetenzen zu zeigen und sich zu präsentieren; Wertschätzung erfahren
- Identitätsstiftung durch ein von Kindern selbst gestaltetes Logo bzw. ein „Maskottchen“, das als gemeinsames „Zeichen“ überall auftaucht
- über Kunstaktionen Begegnungsorte der Generationen schaffen

- Möglichkeiten der Einbeziehung der örtlichen Gewerbetreibenden und der lokalen Ökonomie über Sponsoring: Gewerbeverein (Wiesbaden) und die Schwimmbadnutzung für Kinder in einem Hotel im Stadtteil (Ludwigshafen)
- die Wertigkeit und Attraktivität des eigenen Wohngebietes zu verbessern bzw. vorhandene Wohngebietsabgrenzungen durch Kulturarbeit zu „durchlöchern“ bzw. „aufzuweichen“

Kunst- und Kulturarbeit erzeugt eine „eigene“ Kontaktqualität für die Bewohner/innen der jeweiligen Stadtteile über Generationen und kulturelle bzw. nationale Unterschiede hinweg.

Integrationsleistungen in bayerischen Klein- und Mit- telstädten

Erfahrungsberichte zu Einwanderungsstadtteilen bzw. zur Thematik der Segregation beziehen sich in der bisherigen Stadt- und Migrationsforschung auf Großstädte, Metropolregionen bzw. Ballungsräume, die bereits eine sozio-historische Vergangenheit mit Zuwanderung haben, wie z.B. das Ruhrgebiet¹. Über den Umgang mit Migration und Integration in Klein- und Mittelstädten liegen bisher kaum Erfahrungswerte vor.

Die beiden Referentinnen berichten aus ihrer praktischen prozessbegleitenden Tätigkeit in verschiedenen Sozialen Stadtkommunen sowie aus dialogischen Planungsprozessen² über Integrationsbemühungen von Klein- und Mittelstädten. Sie zeigen sozialpolitische Konfliktpotenziale und Möglichkeiten der Problemlösung in Klein- und Mittelstädten auf.

Stadtplanung mit Blick auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen in sozial prekären Situationen erfordert Bewusstheit im Umgang mit dem und den Fremden sowie Innovationsbereitschaft im Umgang mit bestehenden (teilweise verwaltungsinternen) Hindernissen bei der Umsetzung von sozialen Stadterneuerungsstrategien.

In Projekten im Rahmen des Programms Soziale Stadt sind genau für diese besonderen Aufgabenstellungen günstige Bedingungen bei den Bemühungen um Integration gegeben.

- In vorbereitenden Untersuchungen, der städtebaulichen wie der Sozialraumanalyse, werden Aufgaben, Potenziale und

¹ Walter Siebel, Die Stadt und die Zuwanderer, in: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hrsg.), Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan Sonderheft 17/1997, S. 30 - 41

² z.B. Modellversuch „Diskursive Bürgerbeteiligung“, Sozialraumanalyse Neumarkt/OPf., dialog 2015 Neu-Ulm, Bürgerbeteiligung Kempten-Thingens. Vgl. auch Christine Grüger und Ingegerd Schäuble: Das Programm Soziale Stadt in bayerischen Klein- und Mittelstädten – eine Überforderung? Zwischenbilanz einer Begleitforschung, in: Sylvia Greifenhagen und Katja Neller (Hrsg.), Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt, (Veröffentlichung in Vorbereitung bei Leske & Budrich, 2004)

Probleme, Qualitäten und Defizite im Programmgebiet systematisch festgestellt.

- Im daraus abgeleiteten Integrierten Handlungskonzept wird der bauliche wie soziale Erneuerungsbedarf bewusst gemacht und innovativ in konkrete, integrierte Maßnahmen- und Projektkataloge umgesetzt.
- In Lenkungsgruppe und Projektgruppe wird der Forderung nach ressortübergreifendem problemorientiertem Arbeiten, das Voraussetzung für die Erfüllung von Integrationsaufgaben ist, Rechnung getragen. Hier ist der Ort, an dem gemeinsam getragene Ziele für Integration erarbeitet werden.

Integration als Ziel und Aufgabe ist jederfrau und jedermann zunächst einmal einleuchtend, selten wird aber spezifiziert,

- wer (Ausländer/innen, Arme, Alleinerziehende, Arbeitslose, Alte?)
- wohin (ins Zentrum der Mehrheitsgesellschaft, an den Rand der Mehrheitsgesellschaft, in Parallelgesellschaften?)
- wie weit (mit gleichen Partizipationsrechten, mit besonderen Rechten?)

integriert werden soll. Vielen scheinen die Probleme eines Stadtteils oder Quartiers automatisch gelöst zu sein, wenn das, was gemeinhin als Integration verstanden wird, vollzogen ist.

Wir stellen immer wieder fest, dass es erhebliche strukturelle und kulturelle Distanzen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen in der Stadt gibt. Welche Probleme bei der Entwicklung situationsspezifischer, stadtpolitischer und stadtplanerischer Strategien in Klein- und Mittelstädten zur sozialen Stadterneuerung, insbesondere im Rahmen des Bund-Länder Programms Soziale Stadt, damit verbunden sind, soll im folgenden kurz skizziert werden.

Nicht allen Bevölkerungsgruppierungen ist eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen Leben in der Stadt möglich. Es existieren sehr differenzierte strukturelle und kulturelle Distanzen³, die von der Gesellschaft zwischen den verschiedenen Gruppen – aus welchen Gründen auch immer – geschaffen

³ Siehe dazu Birgit Rommelspacher, Anerkennung und Ausgrenzung, Deutschland als multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt/Main 2002 sowie Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald, Zuwanderung und Stadtentwicklung, in: dieselben (Hrsg.), Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan, Sonderheft 17/1997, S. 9 - 29

worden sind. Im Fachjargon wird hier von Ausgrenzung oder Segregation gesprochen.

Im Rahmen der Sozialen Stadt Projekte wird der Integration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein hoher Stellenwert eingeräumt. Auf Programmebene bleiben aber die Zielsetzungen und in Integrierten Handlungskonzepten für einzelne Stadtteile bleiben die Integrationsreichweite meist relativ unpräzise: Welche Bevölkerungsgruppe soll bis zu welchem Maß und vor allen Dingen in welche Richtung in die (welche?) Normalität der Stadtgesellschaft eingegliedert werden? Gibt es eine klare Formulierung von „normalen“ Lebensverhältnissen als (sozial-) planerischen Maßstab?

Daher ist eine Diskussion und Festlegung auf kommunaler Ebene unverzichtbar, in der

- das mit dem Begriff Integration Gemeinte
- der Integrationsumfang oder die Reichweite der Integration und
- die langfristigen Absichten (Gleichheit, Diversität, Pluralität) im Zusammenleben der verschiedenen Gruppen

in einem verbindlichen Leitziel für die gesamtstädtische Ebene deutlich gemacht werden.

Dabei sind mehrere Besonderheiten zu beachten:

Objektive Problemstruktur und subjektive Wahrnehmung gehen oft auseinander. In Sozialraumanalysen, auch in der für Neumarkt i.d.Opf., sind negative Zuschreibungen beispielhaft für Ausländer/innen festgestellt worden. So wurde in den Gesprächen mit Stadtaktiven z.B. auf den hohen Ausländeranteil im Bereich der Altstadt verwiesen, der als Zeichen des Verfalls gewertet wurde. Bisweilen sind bis zu 80% der Altstadt-Wohnbevölkerung als Ausländer/innen gemutmaßt worden. In vielen Gesprächen wurde auf eine „Belastung der Altstadt“ durch Ausländer/innen verwiesen. Wir haben die Zahlen nachgeprüft und festgestellt, dass 23,11% (oder 433 von 1874 Einwohner/innen in der Altstadt) Ausländer/innen sind.

Ähnliches gilt auch für die Einschätzung des Zusammenlebens. Immer wieder wurde in den leitfadenstrukturierten Gesprächen in Neumarkt betont, wie problematisch der hohe Ausländeranteil für das nachbarschaftliche Zusammenleben ist. Teilweise wurde behauptet, dass nur durch eine Korrektur der Bevölkerungszusammensetzung (sprich eine Verringerung der ausländischen Bevölkerung) in der Altstadt eine Verbesserung der Lebensqualität zu erreichen wäre. Wir haben nachgefragt, welche konkreten Prob-

leme es mit der ausländischen Bevölkerung gibt, und erfahren, dass es „eigentlich keine nennenswerten Probleme“ gibt. Manche betonten sogar, dass die Ausländer/innen in Neumarkt als Alteingesessene (aus den ersten Gastarbeiter-Zuwanderungs-Wellen) ohnehin gut integriert seien, dass ihre Kinder mit den deutschen Kindern in die Schule gingen und sich immer weniger von Deutschen unterschieden. Ausländischen Jugendlichen wurde von Fachleuten sogar bestätigt, dass sie oft angepasster, lernwilliger und kooperativer sind als deutsche Jugendliche.⁴ Ähnliche Ergebnisse liegen auch in anderen Städten vor (z.B. Fürstfeldbruck, Leipheim, Krumbach).

Die offensichtliche Kluft zwischen der negativ wertenden subjektiven Wahrnehmung, die ja nicht ohne Wirkung bleibt, und den faktischen Verhältnissen führt nicht nur zu der Frage, worauf diese Differenz zwischen objektiven und subjektiven Feststellungen zurückzuführen ist, sondern auch zu der Überlegung, wie weit in einer grundsätzlich integrationswilligen Stadt trotz starker Vorurteile in der Bevölkerung eine stärkere Einbeziehung von marginalisierten Gruppen in die Stadtgesellschaft erreicht werden kann.

Aus der sogenannten Randgruppen- und Minderheitenforschung ist bekannt, dass die Forderung an die marginalisierte Gruppe, sich den „Normalitäten der Mehrheitsgesellschaft“ stärker zu unterwerfen und eigene Identitäten aufzugeben, ins Leere geht, denn

- die Normalitäten der Mehrheitsgesellschaft sind für Marginalisierte gar nicht offen,
- Marginalisierte können ohne eigene Netze überhaupt nicht überleben,
- die Forderung nach Veränderung und Integration kann im wesentlichen nicht an die ausgegrenzte Gruppe, sondern muss an die Mehrheitsgruppe gerichtet werden,
- die Mehrheitsgesellschaft muss erkennen und akzeptieren, dass Integration nicht Dominanz der Mehrheitskultur bedeutet, sondern soziale Annäherung und Akzeptanz des Verschiedenen in

⁴ Konkret benannt worden sind lediglich Probleme mit Aussiedlerfamilien, die aber gar nicht in der Altstadt wohnen. Ihnen wird nachgetragen, daß sie sich in eigene und eigenständige Kolonien zurückziehen und den Kontakt zur deutschen Gesellschaft vermeiden, was als Zeichen der Integrationsunwilligkeit gewertet wird. Speziell den jungen Männern aus den Aussiedler-Gruppen wird rücksichts- und respektloses Verhalten vorgeworfen.

einer „qualitativ neuen“ und „tolerant-offenen“ pluralen Gesellschaft.

Was heißt das für eine Stadt, die im Sozialen Stadt Programm integrative Maßnahmen realisieren will? Es heißt, dass

- der politische Wille zur Integration von Marginalisierten in der Stadtpolitik vorhanden sein und entsprechende Maßnahmen verbindlich beschlossen werden müssen,
- die Mehrheitsgesellschaft wie auch die betroffenen Minderheiten in ihrer jeweiligen Verantwortung und Betroffenheit in das Arbeitsprogramm einbezogen werden,
- die zu ergreifenden Maßnahmen nicht an der Oberfläche von Events und kulturellen Unterhaltungen bleiben, sondern das Problem systemisch/ganzheitlich aufgreifen und
- desintegrierende Lebensbedingungen selbst verändert werden.

In diesem Sinne sind Projekte der Sozialen Stadt eine gute Chance für den Integrationswillen von Klein- und Mittelstädten, denn sie geben genau die Qualitäten vor, die für eine Veränderung des Zusammenlebens in der Stadt nötig sind. Wir denken hier speziell an das

- ressortübergreifende Arbeiten von Fachämtern und Stadtaktiven in
- integrierten Handlungskonzepten unter
- Beteiligung der Bürgerschaft, wobei hier die Mehrheitsgesellschaft ebenso gemeint ist wie die marginalisierten Gruppen über
- einen langen Zeitraum, denn marginalisierende Strukturen lassen sich nicht im Handumdrehen verändern, sondern fordern längere Übergangsräume und -zeiten.

Weil gerade Klein- und Mittelstädte von ihren verwaltungstechnischen, finanziellen und fachlichen Voraussetzungen her oft nicht in der Lage sind, diese differenzierten und fachlich anspruchsvollen Aufgaben mit dem bestehenden Personal und den bestehenden Haushalten zu bewerkstelligen, hat das Programm Soziale Stadt entsprechende Eckpunkte vorgegeben, allerdings ohne sie mit nicht-investiven Fördermitteln hinreichend auszustatten:

- So soll z.B. ein (externes) Projektmanagement die entsprechenden Organisations- und Koordinationsaufgaben übernehmen, die die Verwaltung nicht zusätzlich übernehmen kann.
- Das Quartiersmanagement ist für die direkte Arbeit mit der (Mehrheits- wie

Minderheits-) Bevölkerung zuständig und

- das (externe) Prozess- und Dialogmanagement ist für die professionell gestaltete Bürgerbeteiligungsarbeit verantwortlich.

Um Integrationsleistungen auf den Weg zu bringen, ist es notwendig, auf allen Ebenen Impulse zu setzen und dabei die konkreten historischen Bedingungen der jeweiligen Klein- oder Mittelstadt zu reflektieren. In Kommunen, in denen das Zusammenleben mit Fremden (ob als Flüchtlinge, Gastarbeiter/innen oder im Zuge internationaler weltweiter Kooperationen, wie dies bspw. in den Konzepten der Globalisierung angestrebt wird) bereits „normal“ ist, kann auf diesbezügliche Erfahrungen zurückgegriffen werden.

In vielen gerade kleineren Kommunen ist das Selbstverständnis auf „ein Leben unter sich“ gerichtet. Das Leben mit Fremden gehört in Klein- und Mittelstädten nicht zum Selbstverständnis,

auch wenn z.B. gerade Neumarkt seine Bedeutung einstmals durch die bedeutende Lage an der Handelsstraße gewonnen hat.

Offenheit gegenüber dem Fremden kann nicht aufgezwungen werden, (reale oder auch weniger reale) Ängste können nicht einfach weggeredet werden und strukturelle Zwänge sind hartnäckig. Insofern ist eine fundierte gesellschaftliche Entwicklung im Sinne einer Verbesserung der Integration aller Bevölkerungsgruppen in einer pluralen Gesellschaft notwendig mit

- der Stadtpolitik, die das Ziel und die Reichweite der angestrebten Integration politisch vertreten muss
- der Stadtplanung und allen betroffenen Ressorts (ressortübergreifende Konzepte)
- den Stadtaktiven, die die Maßnahmen mittragen
- der Mehrheitsgesellschaft und
- den marginalisierten Gruppen.

Dabei erfolgt in Sozialen Stadt Projekten der gemeinsame Bewusstseinsprozess zum Thema Integration und miteinander Leben nicht als Trockenübung, sondern anhand konkreter Projekte und Maßnahmen.

Soziale Stadt Projekte leben i. d. Regel sehr stark von der Kooperation mit Stadtaktiven, nachdem die Kommune normalerweise nur einen Teil der (sozialen) Aufgaben selbst übernehmen kann. Als Fachleute fül-

len sie das Soziale Stadt-Vorhaben mit ihrem themenspezifischen Beitrag inhaltlich. Entsprechende – bisher nicht vorhandene – Kooperationschnittstellen sind neu zu schaffen, um die Abstimmung zwischen unterschiedlichen Beiträgen zu gewährleisten. Auch hier ist, nachdem sich diese Stadtaktiven nicht nur als Einzelpersonen, sondern oft genug als große Einrichtungen engagieren, Transparenz und Verbindlichkeit der Prozesse unverzichtbar, damit Einzelbeiträge zum Vorhaben Soziale Stadt koordiniert mit anderen Maßnahmen erbracht werden können. Dabei spielen Stadtaktive auch eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen den bürokratischen Strukturen einerseits und der Mehrheits- wie Minderheits-Bevölkerung andererseits, weil sie nicht nur Leistungen und Angebote machen, sondern in einer gewissen Weise auch Übersetzungsdienste zwischen Verwaltung/Politik und den Bürger/innen übernehmen.

Die Einbeziehung der Bürgerschaft spielt in Projekten der Sozialen Stadt eine wichtige Rolle. Dabei hat sich gezeigt, dass Bürgerinnen und Bürger auf die ihnen angebotenen Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten i. d. R. nicht hinreichend vorbereitet sind, sie oft nicht als Chance erkennen können, den Angeboten möglicherweise sogar misstrauen. Verwunderlich ist dies nicht, denn in der Vergangenheit gab es diese Kooperationswilligkeit der Kommune nur in Ausnahmefällen und Bürgeranliegen sind oft auch enttäuscht worden. Es bedarf deshalb der besonderen Werbung um die Bürgerschaft und es muss der Beweis erbracht werden, dass es die Stadt mit der Beteiligung ernst meint. Ein erhöhter Aufwand⁵ kann daher zu Beginn des Bürgerschaftsdialogs nicht vermieden werden.

Angeichts von in den verschiedenen Gruppen recht unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Fähigkeiten sollten in den Offerten der Stadt auch unterschiedliche Anspracheformen gewählt und differenzierte Dialoge geführt werden. Ganz bestimmt gilt dies, wenn marginalisierte Gruppen und die Mehrheitsgesellschaft gleichzeitig angesprochen werden.

Es ist kaum verwunderlich, dass z.B. Ausländer/innen auf Beteiligungsangebote anders reagieren als Deutsche, haben sie in der Vergangenheit doch völlig andere Erfahrungen gemacht mit der Partizipation am gesellschaftlichen Leben – nicht nur hin-

sichtlich des Wahlrechtes, sondern auch hinsichtlich der Teilhabe an sozialen und politischen Ereignissen in der Stadt.

Auch die Befriedigung von Alltagsbedürfnissen⁶ ist bei marginalisierten Gruppen anders geregelt als bei der Mehrheitsgesellschaft, weshalb sie sich – wenn überhaupt – mit einer anderen Motivation an einem Beteiligungsverfahren engagieren.

Dabei sollte auch das Bewusstsein über die Eingebundenheit des Quartiers in den größeren Stadtkontext für alle Beteiligten (Stadtpolitik, Stadtplanung, Stadtaktive und Mehrheits- wie Minderheits-Bürgerschaft) gestärkt und quartiersübergreifende Kooperationen zwischen den gesellschaftlichen Kräften angedacht werden.

Kontakt:

Ingegerd Schäuble und Christine Grüger
Schäuble Institut für Sozialforschung
Ickstattstr. 5
80469 München
Tel. 089/2021806, Fax 089/2021810
www.schaeuble-institut.de

⁵ an Zeit, an inhaltlichem Input und vor allem auch an professioneller Betreuung

⁶ berichtet z. B. Stefan Luft in seinem Beitrag "Die Dynamik der Desintegration", in: Stadtbauwelt 157, Heft 12/2003, S. 34 –38

Jochen Partsch
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Frankfurt

Bericht aus dem Themenforum

In der Arbeitsgruppe wurde von den Referentinnen, Ingegerd Schäuble und Christine Grüger, ein Vortragsgespräch gestaltet, das, ausgehend von der begleitenden Analyse in Neumarkt i.d.Opf., exemplarisch die Probleme und Möglichkeiten der Integrationsleistung in Klein- und Mittelstädten veranschaulichte.

Die Diskussion fokussierte sich schnell auf die Bedeutung der unterschiedlichen Phasen der Umsetzung von Soziale Stadt- und E&C-Prozessen. Die Schilderungen der Referentinnen, wie die „Normalitäten der Mehrheitsgesellschaft“ als Forderungen und Überforderungen an Marginalisierte, nicht nur Migrant/innen, wirksam werden, und wie dies politisch aufbereitet wird, eröffnete den Erfahrungsaustausch.

In Neumarkt i.d.Opf. steht der Soziale-Stadt-Prozess noch am Anfang, und so konzentriert sich die Arbeit noch stark auf die Bestandsaufnahme der Problemstellungen und weniger auf die Projektentwicklung. Integrierte Handlungskonzepte, gesteuert von einem Quartiersmanagement, das planerische und gemeinwesenorientierte Kompetenzen verbindet und die Teilhabe und Beteiligung benachteiligter Menschen aktiviert und stärkt, sind noch nicht auf der lokalen Agenda.

Ohne ein klares Bekenntnis und die nachhaltige Unterstützung durch die politischen Akteure, das wurde deutlich, kann der Prozess nicht erfolgreich starten und können Projekte der Integration nicht entwickelt werden.

Von Teilnehmer/innen der Arbeitsgruppe wurde darauf verwiesen, dass in der Projektentwicklungs- und Realisierungsphase die Chancen des integrierten Stadtteilentwicklungsprozesses in das Blickfeld rücken. Als großes Potenzial wurde für bayerische Klein- und Mittelstädte eine entwickelte Landschaft subsidiärer freier Träger benannt. Deren Funktion als Innovationsträger wurde ähnlich bewertet für Standorte in anderen Bundesländern. Von den Teilnehmer/innen wurde die Bedeutung von landesweiter Vernetzung hervorgehoben, da diese die „kommunale Isolierung“ aufheben könne und bei der Entwicklung von Qualitätsstandards nützlich sei.

Die Arbeitsgruppe war durch das anschauliche Beispiel, die empirisch fundierten Aussagen und die – länderübergreifende – Debatte instruktiv, da interkulturelle Herausforderungen in ihrer Bedeutung in Phasen, (Un-)Gleichzeitigkeiten, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beleuchtet wurden. Dies schärfte den Blick – auch für die je eigenen Fragestellungen der Teilnehmer/innen.

Öffentlichkeitsarbeit von Jugendlichen als Baustein interkultureller Verständigung

Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Mannheim

Die Erstellung des Aktionsplanes erfolgte im Rahmen des Programms Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Zielsetzung des lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie war es, bestehende Angebote im Hinblick auf Toleranz- und Demokratieverständnis zu ergänzen und zusätzliche Angebote bereit zu stellen.

Durch die Rückkoppelung mit den beteiligten Akteuren vor Ort und insbesondere durch die Einbeziehung der jugendlichen Zielgruppen und jungen Erwachsenen in den Stadtteilen wurden verschiedene Aktionen zur interkulturellen Annäherung und Verständigung, zum Abbau von Vorurteilen und zur Gewaltprävention konzipiert und gemeinsam umgesetzt.

Vor dem Hintergrund, dass im Rahmen des Aktionsplans Präsentationsmaterial erstellt werden sollte und verbunden mit den inhaltlichen Themen zu Toleranz- und Demokratieverständnis entstand in Mannheim ein weiterer Baustein unter dem Aspekt „Öffentlichkeitsarbeit und EDV-Qualifizierung“ als Baustein interkultureller Verständigung.

In einem ersten Schritt wurde in Kooperation mit dem Fachbereich für Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) und mit den Trägern Biotopia gGmbH und dem Diakonischen Werk das Vorgehen und die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans unter Einbeziehung der Medienagentur brandxmedia abgestimmt.

Dabei wurden folgende Aspekte berücksichtigt:

- Bestehende Angebotsformen auf Ansätze zur Entwicklung von Toleranz und Demokratieverständnis im Quartier überprüfen, ergänzen, weiterentwickeln oder neue Angebote setzen
- Vernetzung der Akteure in den einzelnen Quartieren/Steuerungsgruppen

- Vernetzung der unterschiedlichen Akteure in den drei Quartieren
- Bürgerbeteiligung/Partizipation
- Standortsicherung und Erweiterung möglicher Angebote im Bereich der beruflichen Qualifizierung und dem Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf
- Erstellung der Präsentationsmaterialien mit Teilnehmer/innen und einer Medienagentur
- Berücksichtigung von förderlichen Aspekten im Hinblick auf die Nachhaltigkeit auch nach der Modellphase

In einem weiteren Schritt wurde mit dem Konzept „Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz“ insbesondere auch die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den Aspekten, Aktivierung, Motivierung und berufliche Qualifizierung berücksichtigt. Den Teilnehmer/innen wurde die Möglichkeit geboten, an der Planung und Gestaltung der öffentlichkeitswirksamen Werbematerialien mitzuwirken.

Allen Beteiligten war klar, dass die bereits erwähnte Verknüpfung der drei Gebiete und die der Aktionen unter Einbeziehung des Aspektes „berufliche Qualifizierung“ die größte Herausforderung sein würde. Denn bisher gab es unter den einzelnen Standorten auch aufgrund der räumlichen Trennung keine bzw. kaum Kontakte unter den Bewohner/innen.

Doch unter den Gesichtspunkten „soziale Nachbarschaft“ und „Aktivierung einer kulturpolitischen Diskussion“ wurde nach Wegen für eine sinnvolle Vernetzung der drei Standorte gesucht, ohne die individuelle, am Bedarf orientierte Planung vor Ort mit den verschiedensten Zielgruppen, außer Acht zu lassen.

Um jedoch den verschiedenen Zielgruppen und deren Interessen gerecht zu werden, war es notwendig, für die Umsetzung, unterschiedlichste Instrumente auszuwählen.

In Planungsgesprächen mit den Kooperationspartner/innen und den Akteuren des Sozialraums wurden drei Schwerpunkte in den drei Sanierungsgebieten ausgewählt, die jedoch insgesamt miteinander in Bezug gebracht werden sollten:

- „Frischer Mut“: Website und Flyer
- „Durlacher Straße“: Film
- „Rainweidenstraße“: Broschüre

Parallel zu den Einzelvorhaben mit den oben genannten Schwerpunkten liefen weitere kleinere Aktionen, die ebenfalls mit den verschiedenen Akteuren gemeinsam erarbeitet und umgesetzt wurden.

Im Rahmen des Aktionsplans wurden ca. 49 Institutionen und Organisationen erreicht, zu weiteren zehn neue Kontakte geknüpft und insgesamt in den Projekten ca. 85-100 Jugendliche und Erwachsene erreicht.

Insgesamt wurden folgende Ansatzpunkte zur interkulturellen Verständigung gewählt:

- Meinungsbildung und Informationsbeschaffung (Interviews, Diskussionsrunden, Unterrichtseinheiten, Besuche der Moschee, der Synagoge, einer Russendisco, einer Lan-Party)
- Qualifizierung von Multiplikator/innen
- Workshops (Website, Film, Flyer, Broschüre)
- Aufbau eines Netzwerks (gegenseitige Besuche in den verschiedenen Stadtteilen, Terminabsprachen, Sammeln von Material zur Erstellung der Präsentationsmaterialien)
- Freizeitbereich (Discobesuche mit Shuttle-Service)
- Sport-, Erlebnispädagogik (Besuch beim Fan-Club Doppelpass, Besuch beim FC Waldhof 67, Film bei Moonlight-Sport)
- Bürgerbeteiligungsverfahren, soziales Engagement (gemeinsame Planung mit den Akteuren des Sozialraums, Einbindung der Interessen und Wünsche bei der Umsetzung)
- Maßnahmen für Jugendliche beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf (Qualifizierungsbausteine im EDV Bereich, Word, Bildbearbeitung, Photo-shop, Umgang mit der Videokamera, Teilnahmebescheinigung)

Ergebnisse

Durch den Terroranschlag in den USA am 11.09.2001 und den daraus folgenden Maßnahmen erhielt das Thema Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus eine ganz aktuelle Bedeutung in der Welt und nicht zuletzt auch in Mannheim. Dies führte dazu, dass sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Thema Toleranz und Demokratie noch intensiver auseinander gesetzt haben. Sie haben einen Bezug zu ihrem Alltag geschaffen, sie haben Fragen dazu gestellt und sich gegenseitig selbst Fragen in der Diskussion beantwortet. Letztendlich haben sie ihre Einstellungen überprüft und neue Einstellungen kennen gelernt.

Festgestellt wurde in allen Projekten, dass die Angst vor dem Unbekannten, Vorurteile und mangelnde Informationen den größten Nährboden für Fremdenfeindlichkeit bieten. Je mehr dies den Jugendlichen bewusst

wurde, umso intensiver wollten sie sich informieren.

Allein die Informationsbeschaffung durch Interviews, Gespräche, Besuche in der Moschee, Synagoge, Russendisco, Lan-Party, Internetcafes und Moonlight-Sport eröffneten viele Diskussionsrunden unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Einzelprojekten.

Dabei wurden viele Unsicherheiten und Ängste angesprochen. Gefühle, Wünsche, Hoffnungen und Ängste spiegeln sich in den unterschiedlichsten Textbeiträgen, den gemalten Bildern in der Broschüre und den entstandenen Gedichten wieder.

Das Führen der Interviews, die Diskussionsrunden und die Beteiligung an der Umsetzung des Aktionsplans forderten und förderten das Engagement der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Stadtteil und trugen in hohem Maße zur interkulturellen Verständigung in Mannheim bei. („Die Russen sind ja gar nicht so...“).

Im Rückblick ist festzustellen, dass sich die drei Teilprojekte „Film“, „Broschüre“ und „Webseite mit Flyer“ sehr gut als Motivationsansatz geeignet haben. Gründe dafür sind der hohe Aufmerksamkeitswert der medialen Umsetzung sowie die enge Zusammenarbeit mit der professionellen Medienagentur, durch die die Teilnehmer/innen einen praktischen Einblick in den Bereich der Mediengestaltung erfahren haben.

Die Umsetzung des Aktionsplans für Toleranz und Demokratie wurde von allen Beteiligten als eine erfolgreiche Ergänzung und Bereicherung der vorhandenen Angebote vor Ort angesehen.

Auch wenn das Projekt formal zu Ende ist, dauern die positiven Auswirkungen weiter an. Die im Projekt erreichten Jugendlichen wurden in weitere Aktionen eingebunden. Bereits jetzt haben die Ergebnisse des Aktionsplans eine Dynamik in Mannheim erreicht, die alle Erwartungen übertroffen haben. Die weiteren geplanten Aktionen zeigen, dass noch immer großes Interesse besteht. Das Konzept wurde weiter ausgearbeitet und umgesetzt.

Kontakt:

Ursula Schenck
Stadt Mannheim
K1, 7-13

68159 Mannheim

Tel: 0621/293-2163 Fax: 0621/293-2158

mail:ursula.schenck@mannheim.de

Reinhard Thies
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Frankfurt

Bericht aus dem Themenforum

Im Themenforum „Medien: Öffentlichkeitsarbeit von Jugendlichen als Baustein interkultureller Verständigung, Mannheim“ waren Teilnehmer/innen aus Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern vertreten.

In ihrem Impulsreferat stellte Ursula Schenck (Jugendberufshelferin in E&C) besonders heraus, dass drei Stadtgebiete, die als Sanierungsgebiete definiert sind, in den „Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie“ einbezogen waren. Dadurch haben sich aus den drei Standorten heraus neue Gelegenheiten und Formen der Zusammenarbeit zwischen den Jugendlichen mit ihren unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen und Zugängen entwickelt.

Diese Kooperation wird als positiv bewertet, weil sich durch erweiterte Kommunikation und neue Erlebniswelten Abschottung und Rivalität unter den Gruppen aus den Standorten überwinden lassen, was auch über den Projektzeitlauf hinaus nachwirkt.

Von großer Bedeutung innerhalb des Projektes war der Einsatz einer professionellen Medienagentur. Diese wirkte auf die Jugendgruppen als besonderer Motivationsimpuls.

Die Mitgestaltung durch einen Akteur außerhalb der Jugendhilfe bewirkte eine außergewöhnliche Faszination bei den Jugendlichen. Während der Zusammenarbeit wurde ihnen eine weitere Profession vorgestellt und praktisch erfahrbar gemacht. Durch den vielfältigen Medieneinsatz und die öffentliche Präsentation wurde dieser Effekt bei den Jugendgruppen zusätzlich verstärkt und als positive Herausforderung für die eigene Berufswegeplanung erlebt.

Die Teilnehmer/innen des Forums berichteten von vergleichbaren Erfahrungen aus den Siedlungen/Standorten. Dabei stellten sie die besondere Bedeutung der Kooperation mit Akteuren aus dem lokalen Kulturbereich dar:

Aus Offenbach wurde resümiert, dass sich die positiven Erfahrungen mit „Rockmobil im Stadtteil“ auch nach der Auflösung des Sozialen Brennpunktes „Lohwald“ als kulturelle Identität in ein neu gegründetes Jugendzentrum überführen ließen.

Aus einem „Brennpunkt“ in Hattersheim wurde über positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem kommunalen „Kulturforum“ berichtet.

Frau Schenck berichtete über sehr positive Erfahrungen mit dem „Quali-Pass“, der in Ergänzung zu der Jugendleiter/innencard (Juleica) an die Teilnehmer/innen des Aktionsplanes vergeben wurde. Hiermit werden auch benachteiligten Jugendlichen Kompetenzen bescheinigt, die für Zugänge zum Arbeitsmarkt und weitere Qualifikationsmaßnahmen hilfreich sein können.

Frau Knüppel aus Kassel wies abschließend nochmals darauf hin, dass in den jeweiligen Bundesländern eine Zusammenarbeit mit den Soziokulturellen Zentren gesucht werden sollte. Dazu gab sie den Hinweis, sich auf der homepage Zugänge in den einzelnen Bundesländern zu erschließen (www.soziokultur.de).

Claudia Möller
Stadt Ludwigshafen, Sozialdezernat

Kunstweg durchs Westend

8 Projekte für und mit Menschen und „Menschenskindern“

K inder	K reativität
u nd	u lk
n atürlich	n ähe
Erwachsene	
s pielen	s elbstbewusstsein
t oben	t oleranz
w ohnen	w estend
e rleben	e inmalig
g randioses	g ut

Ziele des Kunstweges

- Lebendigkeit,
- Farbe,
- Fröhlichkeit,
- Attraktivität und
- Spuren in das Stadtviertel bringen!
- Erwachsene und Kinder, aus dem Westend, sollen sich wohlfühlen und dort gern ihre Wurzeln schlagen!
- Interesse für das Viertel bei „Nichtwestendlern“ wecken!
- Durch vielschichtige Facetten der Kunst Sprachbarrieren überwinden und Begegnungsmöglichkeiten schaffen!

Kreativität ist der Weg zur Zufriedenheit!
„Und der Weg ist das Ziel!“

Das Rezept

Der Arbeitskreis Kunstweg setzt sich aus den unterschiedlichsten Bereichen des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zusammen. So wird gewährleistet, dass jeder Bereich sich mit seinen speziellen Ressourcen einbringt.

Projekte

„Die Sehnsucht nach dem Wind“ oder „Fahnen sind lustig“

Projektbeginn: Juni 2001
Projektende: September 2001
Gesamtkosten: 2480,00 DM

Farbe und Bewegung ziehen ins Westend ein, so wie es sich die Kinder bei der letzten Kinderkonferenz gewünscht haben. Fahnen, die die Kinder der KTS Heinigstraße ange-

fertigt haben, wehen an der E:B, als Interpretation des Bilderbuches „Blauland“.

Es geht darum, Flagge zu zeigen für Toleranz und Fremdenfreundlichkeit!

„Großformatige Fotoinstallation als suggestive Stadtmöblierung zwischen Kunst und Werbung“

Gesamtkosten für 10 bis 15 Bilder: von 48.730 DM bis 65.695 DM.

Die Riesenformate von Bildern aus Wohnungen und Geschäften des Quartiers verwandeln das Westendviertel vorübergehend in eine spektakuläre Fotoaktion und Fotoausstellung.

Die Menschen des Viertels können sich als „soziale Plastik“ inszenieren, damit für das Viertel in seiner Eigenwilligkeit werben und die Spannung von Leben und Werbung auf vielfältige Weise thematisieren. Eine eindringliche Installation, die gut dokumentiert überregionale Beachtung finden wird!

Straßenbilder - Menschenbilder

Gesamtkosten: 2900,00 DM

Junge Menschen erkunden ihre Wohnumgebung. Sie nehmen jahreszeitliche bzw. bauliche Veränderungen im Straßenbild wahr und dokumentieren diese mit fototechnischen Mitteln. Die Teilnehmer/innen sind an der Gestaltung einer Ausstellung maßgeblich beteiligt.

Offene Bühne für junge Talente

Projektbeginn: 18.05.2001
Gesamtkosten: 2350,00 DM

Kinder und Jugendliche haben die Möglichkeit ihre Talente aus den Bereichen Tanz, Musik, Akrobatik, Rap, Breakdance, Pantomime, Theater und Jonglage in Form einer Bühnenaufführung einem Publikum vorzuführen.

Ziel: Vernetzung von Schulen, Schulsozialarbeit, Vereinen, JFS-Mitte und Horten.

150 Besucher/innen von 6 bis 16 Jahren aus dem Westend und den angrenzenden Stadtbereichen.

Ein „wanderfreudiges“ buntes Haus

Gesamtkosten: 3000,- Euro

Bei der Kinderkonferenz 2000 haben die Kindern das Versprechen von Herrn Dr. Schulte erhalten eine Hausfront im Westend bunt gestalten zu können. Die Baulücke an der Ecke Heinigstr./Benckiserstr. wirkt sehr trostlos. Diese Ecke ist der Zugang zu drei

Kindertageseinrichtungen. Das Malen auf großen Planen ermöglicht den Werken der Kinder eine Langlebigkeit und kann nach Schließung der Baulücke an einer anderen Stelle angebracht werden. Die Motive auf den Planen werden dem Alltag der Arbeit mit Kindern entspringen.

Bilderstraße -Straßenbilder

Projektbeginn: 14.05.01
Projektende: 18.05.01
Gesamtkosten: 1585,00 DM

Farbige künstlerische Gestaltung eines Teiles der Bahnhofstrasse auf Asphalt. Kinder der Kitas, der Horte sowie Kinder der Anwohner/innen haben die Möglichkeit auch außerhalb ihrer Einrichtung und ihrer „eigenen vier Wände“, unter fachlicher Anleitung und Betreuung in kindeskünstlerischer kunterbunter Form auf ihren Stadtteil aufmerksam zu machen. 90 teilnehmende Kinder!

Westend zu erfinden und als Bild oder Plastik einzureichen.

Wettbewerb: Ausschreibung in der Westendzeitung mit Rückantwortkarte an den Westendtreff oder auf DIN A4-Blatt oder als Plastik von max. 30 cm Höhe

Ziel: Es soll ein humorvolles Markenzeichen für das Stadtviertel kreiert werden als Identifikation mit dem Westend. Es erhöht den Wiedererkennungswert und fördert die öffentliche Präsenz vom Stadtviertel. Es dient als Grundlage für Kunstobjekte und für ein beispielbares Objekt.

Kontakt:

Stadtverwaltung Ludwigshafen
Claudia Möller
Europaplatz 1
67063 Ludwigshafen
Tel. 0621/504-2348 Fax: 0621/504-3078
mail: claudia.moeller@ludwigshafen.de

Graffitiaktion - Unterführung

Gesamtkosten: 1525,- Euro

Zur Aufwertung der Unterführung an der Heinigstraße sollen begabte Graffiti-Künstler/innen eine legale Fläche gestalten können. In einer Vorbereitungsphase sollen Entwürfe entstehen, die einem Entscheidungsgremium (aus Stadt, Bürger/innen und Politik) vorgelegt werden sollen. Die Ausführung erfolgt unter pädagogischer Begleitung.

Graffiti ist nicht grundsätzlich als eine Form von Vandalismus zu werten, sondern als eine Form von zeitgemäßer Kunst zu betrachten!

Edwin Herrmann und Thomas Witzel
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Frankfurt

Bericht aus dem Themenforum

Das Themenforum fand gemeinsam mit dem Forum „Buntes Leben“ auf dem BauHof – „Von der Straße auf die Bühne“ statt; es wird auf den dortigen Bericht verwiesen. (S. 23)

Kinderkunst im Westend

Gesamtkosten: 40.000 -50.000,- Euro

Erstellung von zwei Skulpturen (Spielobjekt und Maskottchen) unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Alexander Lihl ist bundesweit bekannt für seine phantasievollen Spielskulpturen und Kunstprojekte mit Kindern und Jugendlichen. Hauptziel ist es, jungen Leuten zu ermöglichen ihre Umwelt aktiv mitzugestalten!

Der Elwetrische vom Westend

Projektdauer: 3 - 4 Monate

Maskottchen-Wettbewerb für das Westend mit anschließender Ausstellung.

Aufgabe: Eine Figur – egal ob Tier, Mensch, Pflanze, Fabelwesen etc. – als Symbol und Erkennungszeichen für das

Jutta Trémezaygues
Kontaktzentrum Saarbrücken Folsterhöhe, Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung

Neue Heimat für Fremde und ein zu Hause für alle im Stadtteil - Interkulturelle Stadtteilarbeit in Saarbrücken

Kurzdarstellung des Wohngebietes Folsterhöhe in Saarbrücken und des Caritas Gemeinwesenprojektes Kontaktzentrum Folsterhöhe

Lage und Aussehen

Die Folsterhöhe ist ein Wohngebiet am Stadtrand von Saarbrücken. Die „Siedlung“ wurde 1964 in kürzester Zeit in Plattenbauweise erstellt. Auf sehr geringer Grundfläche entstanden 948 Wohnungen in 9 Hochhausblocks. Insgesamt leben ca. 2300 Menschen hier. Die Saarbrücker Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft (SGS) ist Eigentümerin aller Wohnungen. Das Wohngebiet war lange Zeit „vernachlässigtes Kind“ der Stadt Saarbrücken und hat ein schlechtes Image.

Menschen und Einkommen (Stand: 31.12.2002)

Zur Zeit leben 2150 Menschen im Wohngebiet, davon 53,5% Frauen und 46,5% Männer.

Kinder und Jugendliche 0 - 17 Jahre	
Folsterhöhe	= 25,3%
Saarbrücken insg.	= 15,6%
Ausländer/innenanteil	
Folsterhöhe	= 15,7%
Saarbrücken insg.	= 13,1%

Viele Menschen fremder Herkunft haben deutsche Pässe, werden also nicht als Ausländer erfasst, treten aber in der interkulturellen Arbeit wegen ihrer anderen kulturellen Hintergründe und Sprachschwierigkeiten massiv auf.

Menschen aus der ehemaligen UdSSR	
Folsterhöhe	= 28,0%
Arbeitslosendichte	
Folsterhöhe	= 21,7%
Saarbrücken insg.	= 10,0%
SozialhilfeempfängerInnen	
Folsterhöhe	= 34,0%
Saarbrücken insg.	= 8,9%

Infrastruktur

Die Infrastruktur im Wohngebiet ist mangelhaft. Es besteht tagsüber eine Busverbindung in die Stadt (viertelstündlich). Im Wohngebiet befinden sich 1 EDEKA, 1 ALDI, 1 Bäcker, ein Zeitungsladen, ein Arzt, eine Fußpflegerin und ein Kneipchen. Noch gibt es eine Postfiliale und eine Sparkasse. Es gibt relativ wenig Vereine, die jedoch sehr rege sind (Judo, Jugendförderverein, Sportverein, Kleingärtner, russischer Verein und eritreischer Verein).

Vorhanden ist ein großes Angebot sozialer Einrichtungen: Katholische und evangelische Pfarrgemeinde, Grundschule, Kinderstätte (Kindergarten und Hort), therapeutische Schülerhilfe, Abenteuerspielplatz, JUZ, eine Sozialstation und das Caritas Gemeinwesenprojekt mit drei Standorten. Wir arbeiten im Wohngebiet in zwei Beratungsbüros, einem Secondhand Kleiderladen (Wölkchen) und in dem Stadteiltreff Folschder Cafétass.

Mit dem Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit wollen wir gemeinsam mit den Bewohner/innen in dem Stadtteil bessere Lebensbedingungen schaffen und den Stadtteil für Menschen attraktiv machen. Neben den üblichen Arbeitsbereichen in der Gemeinwesenarbeit sind wir seit über 10 Jahren im interkulturellen Bereich tätig.

Interkulturelle Arbeit des Caritas Gemeinwesenprojektes Folsterhöhe

Unser Ziel in der interkulturellen Arbeit im Wohngebiet der Folsterhöhe ist „ein zu Hause für alle“. Darunter verstehen wir:

- dass Menschen fremder Herkunft eine neue Heimat haben,
- dass alle aktiv am Stadteileben teilnehmen
- dass die Bewohner/innen im Stadtteil die kulturelle Vielfalt als Bereicherung erleben.

Zielgruppen unserer Arbeit sind auf der einen Seite die Menschen fremder Herkunft. Hier berücksichtigen wir mit unseren Angeboten, dass die „Fremden“ ihre Identität erhalten müssen, dass sie spezielle Angebote brauchen und dass sie Schonräume finden. Auf der anderen Seite gilt es, die einheimische Bevölkerung für ihre fremde Nachbarschaft zu sensibilisieren, zu öffnen und Kommunikation zwischen allen zu fördern. Besonders in benachteiligten Stadtteilen ist dies ein langer Prozess, bis funktionierende und lebendige Nachbarschaften das Gemeinwesen prägen.

In meinen Ausführungen beziehe ich mich ausdrücklich nicht auf die Problematik, wenn

eine Bevölkerungsgruppe (hier auf der Folsterhöhe eine Gruppe von fast 30%) das Gemeinwesen prägt. Diese Problematik bedarf einer gesonderten Konzeption.

Der Schlüssel, der die Tür zur interkulturellen Arbeit öffnet, verlangt von den Verantwortlichen, den Stadtteilmanager/innen und den übrigen Akteuren, ein hohes Maß an:

- Sensibilität
- Beobachtungsgabe
- Respekt im Umgang mit Menschen
- Kommunikationsfähigkeit
- Die Gabe, Menschen zusammen zu führen
- Interkulturelles Verständnis und Wissen

Ausgerüstet mit den genannten Fähigkeiten und den Kenntnissen über Bedürfnisse und Problemlagen im Stadtteil, dem Wissen um Strukturen im Wohngebiet, dem Zugang zu Kooperationspartner/innen und den vorhandenen Netzwerken haben wir unsere interkulturelle Arbeit konzipiert.

Einzelfallhilfe und Beratungsangebote

Dieses Angebot dient den Menschen fremder Herkunft als Anlaufstelle in persönlichen Belangen. Hier finden sie Orientierungshilfe, Unterstützung, Aufklärung in persönlichen Angelegenheiten. Dies ist ein wichtiger Aspekt für Fremde, um in einer neuen Umgebung Vertrauen entwickeln zu können.

Von der Einzelfallhilfe profitiere auch ich als Hauptamtliche, denn gerade hier erhalte ich intensiven Einblick in den kulturellen Hintergrund des Ratsuchenden sowie in dessen soziokulturelle Struktur. Die Kenntnisse dieser beiden Faktoren sind die Basis für interkulturelle Angebote. Die Beratung erweitert damit die kulturelle Kompetenz der Verantwortlichen.

Themen der Beratung:

- Formularhilfe
- Sozialberatung
- Hilfe und Begleitung bei Behördengängen
- Familienberatung
- Partnerschaft, Erziehung und Schulprobleme
- Aufarbeitung von Migrationshintergründen

Unterstützung von Vereinen und Gruppen unterschiedlicher Kulturen

Die Stabilisierung in der eigenen ethnisch homogenen Gruppe ist meist Voraussetzung für die Öffnung zu anderen Menschen und Gruppen im Stadtteil. Das ist besonders wichtig, weil hier das kulturelle Gut der Heimat (Werte, Traditionen, Rituale) weiterhin „zelebriert“ werden kann und die Eltern ihre Kultur an die Kinder weitergeben können.

In Bezug auf den eritreischen Verein bedeutet dies z.B.:

- Unterricht für die Kinder in Tegrinia
- Frauen treffen sich ohne Männer - wie in ihrer Heimat üblich
- Hochzeit als Ort des Heiratsmarktes

Hier genügt es, bei der Vereinsgründung, beim Verfassen von Schriftstücken oder durch das Bereitstellen geeigneter Räume behilflich zu sein.

Sensibilisierung für fremde Kulturen im Bereich der Erwachsenenarbeit

Das Gemeinwesenprojekt macht hierzu eigens Angebote für Menschen im Stadtteil und Interessierte von außerhalb. Bei diesen Angeboten legen wir Wert auf die Verknüpfung des „Angenehmen mit dem Nützlichen/Informativen“ im Sinne eines „Infotainment“ (=Information und Unterhaltung), denn Bildungsveranstaltungen als reine Vortragsveranstaltungen finden wenig Interesse.

In Verbindung mit unterhaltsamen Aspekten (Musik, Essen) werden auch schwierige Inhalte gerne angenommen:

- Infoabend über Eritrea vom eritreischen Verein
- Frauen im Islam/Hochzeitrurale im Islam
- Frauen im Irak
- Besuch einer Moschee/einer Synagoge
- Marktfahrten zum orientalischen Markt ins benachbarte Frankreich
- Workshop Frauenleben in Burkina

Sprach- und Orientierungskurse

Diese dienen als Basis der Integrationshilfe in der neuen Heimat.

- Sprachkurse: für fortgeschrittene Erwachsene (Männer und Frauen): 10 Teilnehmende, 1x wöchentlich, 2 Ustd. für Anfängerinnen: 10 Frauen, 1x wöchentlich, 2 Ustd.
- Orientierungskurse: für Neuangekommene, vor allem Aussiedler/innen: 15 Personen, 1 x wöchentlich, 2 Ustd.

Feste und Feiern

bieten immer wieder Gelegenheit zur Kommunikation und damit die Möglichkeit, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen oder die Kultur eines Landes über Musik und Essen vorzustellen. Außerdem ist zu beachten, dass das Feiern von Festen sehr wichtig ist. In allen Kulturen haben Feste einen sehr hohen Stellenwert. Beispiele:

- Interkulturelles Fest
- Weibsbilderfest
- Gospel Show
- Grillfest
- Fasching
- Internationaler Frauentag
- Feste im Stadtteil
- Hochzeitsrituale in Afrika

Ganz wichtig ist es bei der Organisation und Durchführung von Festen: die Kinder nicht zu vergessen!

Internationale Kochabende als Sprungbrett für Vertrauen auf die eigene Stärke

Liebe und Länderkunde geht oft durch den Magen. Die Pizza kam durch Gastarbeiter aus Italien und ist heute von unseren Speisezetteln nicht mehr wegzudenken. Wir essen immer häufiger internationale Gerichte und wüssten gerne, wie man die Speisen zubereitet. Aus dieser Tatsache resultiert unser Angebot der „Internationalen Kochabende“, die wir seit 5 Jahren fünf bis sechs Mal jährlich anbieten.

Für die Kochabende nutzen wir die Kenntnisse der ausländischen Bewohner/innen des Wohngebietes, die als Köchinnen oder Köche ihr Können und ihre heimatliche Küche vorzeigen *dürfen*. Daneben ist es uns ein Anliegen, viel über das entsprechende Land, die Kultur sowie die Sitten und Gebräuche zu erfahren. Deshalb sind neben dem Kochen und dem Essen Gesang und Tanz als kulturelle Zugabe nicht selten.

Die Abende werden mit den Referent/innen vorbereitet und durchgeführt. Anfangs oft unsicher und ängstlich, wachsen die Köch/innen im Laufe des Abends über sich hinaus und werden für den Abend richtige „Stars“. Die Kommunikation unter den ca. 15 teilnehmenden Männern und Frauen ist immer intensiv und lebendig. Nachbarn finden gegenseitiges Verständnis und Wertschätzung.

Wir bewirken mit diesen Kochabenden

- positives Bild von Fremden,
- Kontakte und Kommunikation zwischen Bewohner/innen fremder und deutscher Kultur,

- dass Referent/innen und ausländische Gruppen anderer Stadtteile sich vorstellen können,
- eine Durchmischung von Teilnehmer/innen aus dem Stadtteil, der Stadt und anderen Städten,

- dass das Selbstwertgefühl der Referent/innen steigt,

- dass das Ansehen der Köch/innen bei Ehepartner/innen und Kindern wächst.

Die Kurse haben Bekanntheitsgrad in der ganzen Stadt und sind sehr öffentlichkeitswirksam.

Interkulturelle Angebote in Kooperation mit der Kinderstätte Hl. Kreuz (150 Kinder)

Auf Grund unserer interkulturellen Kompetenzen wurden wir von der Kinderstätte im Bedarfsfall angefragt. Daraus hat sich eine regelmäßige Kooperation im Organisieren von Festen und in der Einzelfallarbeit ergeben.

Unsere Ziele:

- nachhaltige Zusammenarbeit mit der Einrichtung
- Erweiterung der interkulturellen Kompetenz anderer sozialer Einrichtungen
- Wir erreichen mit dem gemeinsamen Angebot Erwachsene und Kinder gleichermaßen,
- wir werden über die Aktion auf die Problemlagen aufmerksam und kommen ins Gespräch (Ebenen der Fachkräfte)
- wir bündeln Ressourcen (Geld, Personal)
- wir können die Sichtweisen der Eltern mit einbringen

Wir sind seither vor allem als beratende Institution im Bereich interkulturelle Problemlagen/Fragen angefragt.

Beispiele:

- Kochzelt im Rahmen eines Pfarrfestes
- Café International: Kaffee und Teezeremonie mit Gebäck aus allen Ländern
- Picknick
- Ausrichten von Kindergeburtstagen

Interkulturelle Workshops für Kinder

Toleranz und Aufgeschlossenheit für Fremdes zu fördern und eventuelle Vorurteile abzubauen sind Ziele unserer multikulturellen Kinderworkshops in der Folschder Cafétass. Die Kinder werden spielerisch an Bräuche anderer Länder und anderer Erdteile herangeführt und merken, welche Gewinn andere Kulturen mit ihren Sprachen, Musik und Tänzen sind. Natürlich werden

die Workshops durch Referent/innen aus dem entsprechenden Land vermittelt.

Die Workshops finden großen Anklang und die Teilnehmer/innenlisten sind mit 15 Kindern (6-12 Jahre) immer schnell voll.

Zweimal jährlich, immer wieder zu unterschiedlichen Ländern, werden die Workshops veranstaltet. Wir bieten diese Angebote mit der Unterstützung des Kulturstadtes der Stadt Saarbrücken an. Seit 1999 haben z. B. stattgefunden:

- Kolumbien: Verteidiger des Regenbogens, Masken
- Venezuela: Trommeln aus Afrika
- Spanische Welt: Tanz
- Kolumbien: Kerzentanz, Kolumbische Musikinstrumente
- Iran: interkulturelle Märchenwerkstatt

Frauen als Motor der interkulturellen Arbeit – Die Multikulturelle Frauengruppe

In der Gesellschaft und vor allem in fremdländischen Kulturen fällt der Frau in der Familie eine zentrale Rolle zu. Frauen managen den Alltag und werden für die Erziehung und das Wohlbefinden aller Familienmitglieder verantwortlich gemacht. Sie sind die Verbindung zum Kindergarten, der Schule, den Nachbarn, dem Umfeld und dem Stadtteil. Die Frauen beeinflussen maßgeblich den Prozess der Integration.

Deshalb wurde 1989 die Multikulturelle Frauengruppe gegründet.

Ziele unserer Arbeit in und mit der Multikulturellen Frauengruppe sind in erster Linie

- die Frauen in ihrer Rolle als Frau und Mutter zu unterstützen,
- ihnen einem Schonraum zu bieten, in dem sie Gleichgesinnte treffen können,
- das Selbstwertgefühl der Frauen zu stärken und
- mit ihnen Perspektiven zu entwickeln.

Die Gruppe bilden 25 Frauen aus 13 Herkunftsländern im Alter von 22 – 72 Jahren mit unterschiedlichen Migrationshintergründen und unterschiedlicher Religionszugehörigkeit. Das Spektrum reicht von Studierenden bis zu Analphabetinnen, die unterschiedlich lang in Deutschland leben. Es sind sowohl kinderreiche als auch kinderlose Frauen in der Gruppe.

Gruppeninteressen:

- „geschützter“ Raum als Treffpunkt
- Neues kennen lernen und erlernen
- Erweiterung der Sprachkompetenz
- Freude haben – lachen
- Gegenseitiges Verständnis und Unterstützung

Gruppenmerkmale: viele, lebendige, offene, hilfsbereite interessierte, wissbegierige, sensible und engagierte Frauen

Themen:

- Erziehungsfragen
- Fragen zur Alltagsbewältigung
- Berufsberatung für Frauen und ihre Kinder/Jugendlichen
- Beteiligung an Aktionen im Wohngebiet
- Themen zur Gesundheit
- Kulturelle Angebote wie Kino und Theater
- Feste und Fahrten
- Frauen berichten über ihr Leben im Stadtteil, z. B. beim Themenworkshop im Rahmen der Sozialen Stadt

Kontakt:

Jutta Trémezaygues
Kontaktzentrum Folsterhöhe
Hirtenwies 11
66117 Saarbrücken
Tel.: 0681/56429 Fax: 0681/58481
mail: caritasfolsterhoehe@quarternet.de

Bericht aus dem Themenforum

Ausgehend von den Erfahrungen 25-jähriger Gemeinwesenarbeit vor Ort berichtete Frau Trémezaygues von der Interkulturellen Arbeit des Kontaktzentrums Folsterhöhe, Saarbrücken. Unter dem erweiterten Titel des Themenforums „Neue Heimat für Fremde und ein zu Hause für alle im Stadtteil“ erhielten die Teilnehmer/innen einen lebendigen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten des Projektes in Kooperation mit den örtlichen Vereinen und Gruppierungen sowie trägerübergreifend mit anderen Sozial- und Kulturakteuren.

Beispielhaft wurde belegt, dass interkulturelle Nachbarschaften in einem Stadtteil lebendig praktiziert werden und positiv in die gesamte Stadt abstrahlen können.

Grenzen und Hindernisse interkultureller Nachbarschaft werden durch neuere Entwicklungen im Stadtteil sichtbar: Im Wohngebiet Folsterhöhe gibt es seit jüngerer Zeit eine veränderte Bewohnerstruktur, ausgelöst durch den starken Zuzug von Aussiedler/innen (28% der Gesamtbevölkerung des Stadtteils). Neue Konzepte müssen entwickelt werden. Hierbei gilt es grundsätzliche Fragen zu klären, die, unabhängig vom konkreten Projekt, von Bedeutung sind:

- Wie können Multiplikator/innen gefunden/unterstützt/gestärkt werden?
- Welches sind die für die Beteiligung wesentlichen Politikfelder?
- Wie gelingt es, Vertreter/innen *aller* Gruppierungen im Stadtteil zu beteiligen, unabhängig von der Größe der von ihnen repräsentierten (ethnischen, geschlechts-, alters- und interessensspezifischen) Gruppierung?
- Wie gelingt es dabei, tragfähige demokratische nachhaltige Strukturen zu installieren und
- dabei insbesondere das Spannungsfeld zwischen dem Prinzip der Selbstorganisation einerseits und dem Erfordernis der (professionellen/parteilichen) Unterstützung unterrepräsentierter, benachteiligter Gruppen andererseits zu beachten?
- Welche Strukturen erweisen sich auch nach Ablauf des Programms Soziale Stadt/E&C als tragfähig, wodurch kann Nachhaltigkeit gewährleistet werden?

Kultureller Ausklang mit der Kyokushinkai-Karategruppe aus Fulda

Unter der Leitung von Wassili Geier bewiesen 11 Jungen und 1 Mädchen durch verschiedene Kampfszenen eindrucksvoll, welche hohe Disziplin, Stärke und Mut diese Kampfkunst erfordert. Die Kyokushinkai-Karategruppe, aus dem E&C/Soziale Stadt-Standort Fulda, ist eingebunden in den örtlichen interkulturellen Sportverein SV Inter Aschenberg.

Das Kyokushinkai-Karate entstand im Rahmen des indischen Buddhismus bereits 1500 v. Chr., entwickelte sich weiter und nahm seinen Weg auch nach Japan. Die japanische Form dieser Kampfkunst wurde den Teilnehmer/innen der Fachkonferenz präsentiert.

Ziele der Arbeit in der Karategruppe sind:

- Sich wohl zu fühlen innerhalb der gelebten Regeln
- Höflichkeit durch gegenseitigen Respekt und Achtung
- Abbau von Aggressionen
- Disziplin durch Geistesschulung
- Loyalität
- Gruppenzusammenarbeit sowie Individualismus
- Durchhaltevermögen durch innere Stärke
- Aufmerksamkeit und Wachsamkeit
- Perfektion durch Genauigkeit
- Gedächtnistraining und Koordination
- Fitness und körperliche Stärke
- Sicherheit durch Selbstschutz

Die Vorsitzende des Sportvereins SV Inter Aschenberg, Elisa Mistretta, stellte die verschiedenen interkulturellen Aktivitäten des Vereins dar. Der gemeinsame Sport innerhalb des Vereins stärkt die persönliche Weiterentwicklung der einzelnen und fördert Kontakte der Jugendlichen untereinander und im gesamten Stadtteil.

Wassili Geier, der Leiter der Karategruppe, stellte die besonderen sportlichen Leistungen der einzelnen Kämpfer/innen heraus, die damit als positive Identitätsträger/innen für den Stadtteil wirken. Die Präsentationen auf regionaler und überregionaler Ebene stellen außerdem wichtige Bezüge außerhalb des Stadtteils her.

Die Vertreterin der russlanddeutschen Landsmannschaft, Rosa Emich, betonte, dass nur durch gemeinsames Handeln im Stadtteil neue Nachbarschaft entsteht.

Abschlussplenum

Die Schlussrunde wurde mit kurzen Beiträgen aus den Themenforen eingeleitet. (Siehe hierzu die Berichte aus den Themenforen.)

Diese Beiträge bestätigten die Einschätzung aus dem Einleitungsreferat von Christine Knüppel, dass die hohen Potenziale kultureller Arbeit im Stadtteil noch nicht ausreichend erkannt, genutzt und gefördert werden.

Das Plenum unterstützte einhellig die von Reinhard Thies für die Veranstalter formulierte Forderung, dass neben städtebaulichen, sozial-, jugend- und beschäftigungspolitischen Förderlinien endlich auch kulturpolitische Förderinstrumente geschaffen werden müssen. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement kann zwar kulturelle Initiativen anstoßen, eine professionelle, auch organisatorische Begleitung der Projekte ist gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche unabdingbar.

Die kulturelle, politische und gesellschaftliche Förderung der Integrationsbereitschaft ist notwendig und die Kulturarbeit kann, wenn sie als eigenständiger Baustein in Stadtteilentwicklungsprozessen anerkannt wird, einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

In Abschlusstatements unterstrichen Christine Knüppel, Prof. Dr. Gerd Stüwe und Hartmut Brocke diese Forderung. Sie zeigten sich erfreut über das große Echo der Veranstaltung und zogen ein positives Resümee.

Teilnehmer/innen: Fachkonferenz E&C Interkulturelle Nachbarschaften 7. Juli 2003

Name	Institution	Anschrift	Telefon Fax	eMail
Almstetter, Susanne	Zirkus Buntes Leben, Betreuerin	Richard-Schirrmannstr. 14 55122 Mainz		
Andre, Ruth	LWV Württemberg-Hohenzollern, Dezernat Jugend-LJA, Ref 214	Postfach 106022 70049 Stuttgart	0711. 6375443 0711. 6375449	Ruth.andre@lww-wh.de
Becker, Ina	Quartiersmanagement Fürth	Neutormauer 8 90403 Nürnberg	0911. 533993	Ina-becker@web.de
Biedert, Alexandra	Stadt Ludwigshafen, Programm So- ziale Stadt, QM Westend-LU (Aner- kennungsjahr)	Bahnhofstr. 87 67059 Ludwigshafen	0621. 6290186	Westendtreff@t-online.de
Brocke, Hartmut	Direktor SPI Berlin, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin	030. 45 79 86 0 030. 45 79 86 50	Regiestelle@eundc.de
Brünner, Ursula	Abt. Stadterneuerung u. Wohnungs- wesen, Stadtplanungsamt Frank- furt/Main	Braubachstr. 15 Frankfurt/M.	069. 212-36116 069. 212-30761	
Buckley, Stefan	Outward Bound DGEE, München	Nymphenburger Str. 4 80335 München	089. 121511-0 089. 121511-10	Buckley@outwardbound.de
Bülter, Heike	Stadtteilbüro Hattersheim	Pregelstr. 1a 65153 Hattersheim	06150. 935818 06150. 535820	Stadtteilbuero- hattersheim@web.de
Canpolat, Nurhayat	QM Stadt Mainz	Kaiserstr. 3-5 55118 Mainz	06131. 124115 06131. 123233	Nurhay- at.canpolat@stadt.mainz.de
Demmer-Gaite, Eleonore	Internationales Familienzentrum Frankfurt/Main	Ostendstr. 70 60314 Frankfurt/M.	069. 94344432 069. 94344470	

Di Benedetto, Corrado	Caritasverband Offenbach, Migrationsdienst, Außenstelle Seligenstadt	Hanauer Str. 17 63165 Mühlheim	06108. 74969 06108. 708765	
Dierks, Gabriele	Stadt Darmstadt, Interkulturelles Büro	Frankfurter Str. 71 64293 Darmstadt	06151. 13-3583 06151. 13-3584	Interkulturell@darmstadt.de
Dr. Grüger, Christine	Schäuble-Institut für Sozialfor- schung, München	Ickherstr. 5 850469 München	089. 2021806 089. 2021810	
Dr. Kebaili, Akli	Stadt Frankfurt/Main, Amt für multikulturelle Angelegenhei- ten	Walter-Kolb-Str. 9-11 60594 Frankfurt/M.	069. 212-30151	
Dr. Lüken-Isberner, Folckert	Servicestelle HEGISS, FEH	Schuhmannstr. 4-6 60325 Frankfurt/M.	069. 133850-67 069. 133850-69	Folckert.lueken-isberner@feh- hessen.de
Dr. Marjam, Ardalan	Internationaler Bund Frankfurt e.V.	Burgstr. 106 60389 Frankfurt/M.	069. 94545-364 069. 94545-383	
Emich, Rosa	Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V.	Heinrich v. Bibra-Platz 16 36037 Fulda	0661. 73129	
Engler, Jörn	Magistrat der Kreisstadt Eschwege, Projektleitung Soziale Stadterneue- rung Heuberg	Obermarkt 22 37269 Eschwege	05651. 304-367 oder 304-296 05651. 304-417	Joern.engler@eschwege- rathaus.de
Ewers-Kreuter, Meike	Stadt Saarbrücken	Bahnhofstr. 31 66111 Saarbrücken	0681. 905-4133 0681. 905-4155	Meike.ewers- kreuter@saarbruecken.de
Feigenspan, Ricarda	Netzwerk Integration Eschwege, Anne-Frank-Schule	Fliederweg 3 37269 Eschwege	05651. 958719	Sozial.esw.wmk@t-online.de
Fey, Tanja	Quartiersmanagement KAF	Friedrich Wöhler-Str. 22 34127 Kassel	0561. 8619218 0561. 8906722	QuartiersmanagementNord- stadt@web.de
Fialka, Peter	DPWV Gesamtverband Frank- furt/Main	Heinrich-Hoffmann-Str. 3 60528 Frankfurt/M.	069. 6706258 069. 6706288	
Freund, Thomas	Bayrischer Jugendring	Herzog-Heinrich-Str. 7 80336 München	089. 5145843 089. 51455882	Freund.thomas@bjr.de

Froese, Reinhard	Bundesakademie Trossingen	Hugo-Hermann-Str. 22 78647 Trossingen	07425. 0903-0 07425. 949321	Mail@bundesakademie- trossingen.de
Geier, Wassili	SV Inter Aschenberg, Karatetrainer,	Weichselstr. 5 36119 Neuhof		
Greißinger, Susan	Kinderhaus „Paradies“, Darmstadt-Eberstadt	Stresemannstr. 5 64297 Darmstadt	06151. 598006 06151. 591074	Kinderhaus-paradies@t-online.de
Grünig, Peter	Stadtteilwerkstatt Eberstadt-Süd	Kirnbergerstraße 11 64297 Darmstadt	06151. 503776 06151. 503778	Stadtteilwerk- statt.esued@freenet.de
Gülec, Ayse	Landesarbeitsgemeinschaft Sozio- kulturelle Zentren Hessen e.V., Kul- turzentrum Schlachthof Kassel	Kemal-Altun-Platz Mombachstr. 12 34127 Kassel	0561. 98350-0 0561. 98350-20	info@schlachthof-kassel.de
Haubner, Ursula	Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung	Marienstr. 6 90402 Nürnberg	0911. 231-4153 0911. 231-7245	Ursu- la.haubner@stadt.nuernberg.de
Hemme, Andreas	Regiestelle E&C, SPI Berlin	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin	030. 45 79 86 0 030. 45 79 86 50	Regiestelle@eundc.de
Herold, Simone	Stadt Nürnberg, Jugendamt	Dietzstraße 4 90443 Nürnberg	0911. 2315588 0911. 2313488	Simone- herold@j.stadt.nuernberg.de
Herrmann, Edwin	SKA Darmstadt e.V.	Bad Nauheimerstr. 2, 64289 Darmstadt	06151. 295017 06151. 21203	
Höhn, Annie	Fachberatung Kindertagesstätten Ludwigshafen	Stadthaus West, Westendstr. 17 67059 Ludwigshafen	0621. 504-2348	
Kahsler, Eginhard	Stadtteilbüro Langen-Nordend	Elisabethenstr. 63225 Langen	06103. 202984 06103. 202986	Stadtteilbuero-langen- nordend@internationaler-bund.de
Kanamüller	Abteilung Stadterneuerung und Wohnungswesen, Stadtplanungsamt Frankfurt/Main	Braubachstr. 15 Frankfurt/Main	069. 212-36116 069. 212-30761	

Kars, Güler	Internationaler Eberstädter Familienverein e.V.	Alte Bergstr. 5 64342 Seeheim/Jugenheim		
Keil, Astrid	Jugendzentrum GO IN, Darmstadt	Kirnbergerstr. 12 64297 Darmstadt	06151. 56050	
Kistner, Frank-Peter	Leiter der Sozialverwaltung Liebenbach-Spangenberg	Marktplatz 1 34286 Spangenberg	05663. 5090-15 05663. 5090-26	Frank-Peter.Kistner@stadt-spangenberg.de
Knüppel, Christine	Landesarbeitsgemeinschaft Soziokulturelle Zentren Hessen e.V., Kulturzentrum Schlachthof Kassel	Kemal-Altun-Platz Mombachstr. 12 34127 Kassel	0561. 98350-0 0561. 98350-20	info@schlachthof-kassel.de
Köbberich, Martina	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.	Moselstr. 25 60329 Frankfurt/Main	069. 25 78 28-0 069. 25 78 28-55	LAGSB@aol.com
Köhler, Andreas	Jugend- und Sozialamt Frankfurt/Main	Berliner Straße 33-35 60311 Frankfurt/Main	069. 21231587 069. 21232829	Andreas.koehler.amt51@stadt-frankfurt.de
Koschwitz, Edith	Ortsnetz Reutlingen	Bellinostr. 23 72764 Reutlingen	07121. 210864 07121. 230064	Ortsnetz.projekte@gmx.de
Laufmann-Reis, Claudia	Jugendamt Offenbach	Berliner Str. 100 63065 Offenbach	069. 8065-3967 069. 8065-3960	Claudia.kaufmann@jugendamt-of.de
Lonitz, Peter	Schader-Stiftung	Karlstr. 85 64285 Darmstadt	06151. 175917 06151. 175929	Lonitz@schader-stiftung.de
Luig, Martina	Landesjugendamt Mainz, FB Jugendarbeit, Landesjugendpflegerin	Am Rodelberg 21 55131 Mainz-Hechtsheim	06131. 967-366 06131.967-365	Luig.Martina@lsjv.rlp.de
Lüken, Angela	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.	Moselstr. 25 60329 Frankfurt/M.	069. 257828-0 069. 257828-55	
Marx, Anne-Marie	Stadtteilbüro Malstatt, Saarbrücken	Breite Str. 63 66115 Saarbrücken	0681. 94735-0/-15 0681. 94735-22	A.marx@quarternet.de

Meier, Sven	Jugendpfleger Spangenberg	Marktplatz 1 34286 Spangenberg	05663. 5090-15 05663. 5090-26	
Meßmer, Manfred	Stadt Freiburg, Dezernat III	Rathausplatz 2-4 79098 Freiburg	0761. 201-3019 0761. 201-3098	Messmma@stadt.freiburg.de
Meyer, Sabine	Regiestelle E&C, SPI Berlin	Nazarethkirchstr 51 13347 Berlin	030. 45 79 86 0 030. 45 79 86 50	Regiestelle@eundc.de
Michele, Uwe	Projektmitarbeiter GWA Caritasver- band Wiesbaden	Treffpunkt Bauhof Teplitzstraße 17 65203 Wiesbaden	0611. 9749718 0611. 4115827	biebrich-suedost@t-online.de
Mirtsching, Sabine	Hessisches Sozialministerium	Dostojewskistr. 4 65187 Wiesbaden	0611. 817-3481 0611. 817-3592	s.mirtsching@hsm.hessen.de
Mistretta, Lisa	Soziale Stadt Fulda, 1. Vorsitzende SV Inter Aschenberg	Adenauerstr. 6 36039 Fulda		
Möller, Claudia	Stadt Ludwigshafen, Sozialdezernat	Postfach 211225 67012 Ludwigshafen	0621. 504-2379	
Mühlen, Erika	Landeshauptstadt Saarbrücken	Bahnhofstr. 31 66111 Saarbrücken	0681. 905-4015 0681. 905-4155	Erika.muehlen@saarbruecken.de
Munoz del Rio, Eugenio	Stadtrat, Frankfurt/Main, (Internationaler Bund Frankfurt e.V.)	An der Zingelswiese 21 65933 Frankfurt/Main	069. 391040 oder 069. 38031211	
Ottenbreit, Albert	Forum GemeinWesenArbeit Saar, GemeinWesenArbeit Sulzbach	Grubenstr. 9 66280 Sulzbach	06897. 841066 06897. 841073	Caritas-gwa- sulzbach@quarternet.de
Partsch, Jochen	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.	Moselstr. 25 60329 Frankfurt/Main	069. 25 78 28-0 069. 25 78 28- 55	LAGSB@aol.com
Pröbstl, Christine	Soziale Stadt Rosenheim-Happing	Happingerstr. 98 83026 Rosenheim	08031. 237575 08031. 237577	Bthapping@compuserve.de

Prof. Dr. Stüwe, Gerd	Fachhochschule Frankfurt/Main		06032. 9295907 06032. 306854	
Reifferscheid, Sandra	Sozialrathaus Obermain Kooperation Jugendhilfe-Schule	Lange Str. 25-27 60311 Frankfurt/M.	069. 212-46071 069. 212-30733	Sandra.reifferscheid.amt51@stadt-frankfurt.de
Reinhold, Magret	Gemeinde Erlensee	Am Rathaus 3, 63526 Erlensee	06183. 915151 06183. 915177	Mreinhold@erlensee.de
Reul, Ewa	Stadt Darmstadt, Interkulturelles Büro	Frankfurter Str. 71 64293 Darmstadt	06151. 13-3583 06151. 13-3584	e-zatylna@gmx.de
Rhoden, Heribert	Diözesan-Caritasverband Trier	Sichelstr. 10 54290 Trier	0651. 9493-241 0651.9493-294	Rhoden-h@caritas-trier.de
Schäuble, Ingegerd	Schäuble-Institut für Sozialfor- schung, München	Ickstadtstr. 5 850469 München	089. 2021806 089. 2021810	
Scheele, Dirk	Projektgruppe Margaretenhütte e.V.	Henriette-Fürth-Str. 13 35398 Giessen	0641. 77324 0641. 75426	Info@margaretenhuetten.de
Schenck, Ursula	Stadt Mannheim, Jugendberufshilfe E&C	K1, 7-13 68159 Mannheim	0621. 293-2163 0621. 293-2158	Ursula.schenck@mannheim.de
Schiwek, Kai	Nachbarschaftsladen Kronsberg	Auf dem Kronsberg 30827 Hannover-Garbsen	0162. 3374089 05131. 494750	Kai.Schiewek@freenet.de
Schmidt, Christoph	Stadt Fulda	Aschenbergplatz 1 36039 Fulda	0661. 9531025 0661. 9531030	Christoph.schmidt@fulda.de
Schnütgen, Anne	Stadt Koblenz, QM	Postfach 201 551 56015 Koblenz	0261. 129-2301	
Schwab, Alexandra	Quartiersmanagement Fürth	Karolinenstr. 44 90763 Fürth	0911. 7416977 0911. 9769667	Meyer-schwab-heckelsmuel@t-online.de
Sitta, Ivonne	Studentin Soz.Päd, Fachhochschule Frankfurt/Main	Petterweilstr. 2 60385 Frankfurt/M.	069. 43056094	Yvesitta@web.de

Speckhardt, Liane	Landkreis Bergstrasse, Fachstelle Jugendberufshilfe Weschnitztal,	Holzbergstr. 28 64668 Rimbach	06253. 989617 06253. 989620	Jugendberufshilfe@die- orbishoehe.de
Steinmetz, Beate	Kommunikation.Kontaktzentrum Bad Kreuznach	Korellengarten 23 55543 Bad Kreuznach	0671. 69291 0671.7960640	
Stieglbauer, Peter	Stadt Karlsruhe, Jugendamt	Kaiserallee 4 76133 Karlsruhe	0721. 133-5410 0721. 133-5009	Pe- ter.stieglbauer@sjb.karlsruhe.de
Thies, Reinhard	Servicestelle HEGISS, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.	Moselstr. 25 60329 Frankfurt/M.	069. 257828-0 069. 257828 55	LAGSB@aol.com
Trémezaygues, Jutta	Caritas-Kontaktzentrum Folsterhöhe	Hinterwies 11 66117 Saarbrücken	0681. 56458 0681. 5848481	Jtremezaygues@quarternet.de
Tsimpou-Schmitz, Fotini	Architektin Stadtplanung	Domstr. 69 63067 Offenbach	069. 816361 069. 816361	Claudius.schmitz@framatome- anp.com
Vickhlu, Elke	Sozial- u. Jugendbehörde Karlsruhe	Kaiserallee 4 76133 Karlsruhe	0721. 133-5410	
Vollmar, Hans	Stadt Wiesbaden, Projektleitung Wohnungsamt	Gustav-Stresemann-Ring 1 65189 Wiesbaden	0611. 31-2708	hans.vollmar@wiesbaden.de
Von Mackensen, Dieter	Stadt Darmstadt, Stadtplanungsamt	Bessunger Str. 125 64295 Darmstadt	06151. 132609 06151. 132088	Die- ter.vonMackensen@darmstadt.de
Weigmann-Koch, Claudia	Jugendamt Offenbach, Jugendkulturbüro	Berliner Str. 100 Offenbach	069. 8065-3969	Clau- dia.weigmannkoch@jugendamt- of.de
Weyel, Volker	Stadt Darmstadt, Beauftragter für Suchtprävention	Bessunger Str. 80 64285 Darmstadt	06151. 664835 06151. 61524	v.weyel@web.de
Wicke, Annelie	Stadtteiltreff Ostend	Danzigerstr. 5 86633 Neuburg	08431. 642820 08431. 642822	Treff@ostend-online.de
Wippel, Margarete	Stadtteilwerkstatt Dicker Busch Rüs- selsheim	Hessenring 84 A 65428 Rüsselsheim	06142. 942210 06142. 942250	Stadtteilwerkstatt.D.Busch@t- online.de

Witzel, Thomas	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.	Moselstr. 25 60329 Frankfurt/Main	069. 257828-0 069. 257828-55	LAGSB@aol.com
Wollmann	Abt. Stadterneuerung u. Wohnungswesen, Stadtplanungsamt Frankfurt/Main	Braubachstr. 15 Frankfurt/Main	069. 212-36116 069. 212-30761	
Yontar, Hacer	Studentin, Evangelische Fachhochschule Darmstadt	Gräfenhäuserstr. 10 64293 Darmstadt	0178. 7176719	Haceryontar@web.de
Zeynep, Gülsin	Stadt Frankfurt/Main, Amt für multikulturelle Angelegenheiten	Walter-Kolb-Str. 9-11 60594 Frankfurt/M.	069. 21232620	
Zwigart-Hayer, Gisela	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.	Moselstr. 25 60329 Frankfurt/Main	069. 257828-0 069. 257828-55	LAGSB@aol.com
Kulturgruppe Fulda Kyokushinkai-Karate SV Inter Aschenberg	10 Kinder/Jugendliche mit 2 Erwachsenen			
Kulturgruppe Wiesbaden Zirkus Buntes Leben	10 Kinder/Jugendliche mit 2 Betreuungspersonen			

Fachkonferenz zum Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland

Interkulturelle Nachbarschaften

Integration durch Kulturarbeit mit Jugendlichen im Stadtteil

Konferenz

7. Juli 2003 in Frankfurt/Main

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unterstützt mit dem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) die sozialräumlich orientierte Kinder- und Jugendhilfe in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf („Die Soziale Stadt“). Die Programme „E&C“ und „Die Soziale Stadt“ zielen auf die Vernetzung unterschiedlicher Akteure aus Quartieren, Kommunen und Landesebenen.

Vor dem Hintergrund, dass die Integrationsleistungen, die eine multikulturelle Gesellschaft fordert, vor allem in den Soziale Stadt/E&C-Standorten erbracht werden (müssen), wird auf der Konferenz good practice für das Gelingen der Integration vorgestellt. Hierbei soll insbesondere die integrationsfördernde Funktion der Kulturarbeit in den Stadtteilen betrachtet werden.

In der Verknüpfung von Kulturarbeit und interkultureller Integration liegt eine große Chance für die benachteiligten Stadtteile. Kulturarbeit bildet ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Kulturen im Stadtteil und ermöglicht Kommunikationsformen jenseits der sprachlichen Verständigung. Der Aufbau tragfähiger soziokultureller Strukturen fördert nicht nur die Kommunikation, er stellt auch eine Voraussetzung für die nachhaltig wirkende Verbesserung und das Zusammenleben der Menschen in den Stadtteilen dar. Die zentrale Frage ist: Welche interkulturellen und kulturellen Strategien und Praktiken erreichen benachteiligte Kinder und Jugendliche und ebnen Wege für gelingende Integration im Stadtteil?

Länderspezifische und lokale Praxisprojekte sollen auf ihre Wirkung und Übertragbarkeit für andere Regionen überprüft werden.

Die Fachkonferenz richtet sich an:

- Akteure der freien und öffentlichen Jugendhilfe
- Akteure des interdisziplinären Stadtteilmanagements
- Beteiligte bei der Gestaltung der Programme E&C und Soziale Stadt

Die KonferenzteilnehmerInnen werden aufgefordert die Möglichkeit zu nutzen, im Rahmen des „Marktes“ auf der Konferenz ihre Projekte vorzustellen und über diese zu informieren.

Termin:

7. Juli 2003

Veranstaltungsort:

Bürgerhaus Gutleut | Rottweiler Strasse 32
60327 Frankfurt/Main | Tel: 069. 23 36 61

Wegbeschreibung:

ÖPNV: ca. 5 Gehminuten vom Hbf. FFM:

Seitenausgang Süd, rechts auf die Mannheimer Strasse,
links auf die Stuttgarter Strasse,
rechts auf die Gutleutstrasse, links auf die Werfststrasse,
die nächste rechts ist die Rottweiler Strasse

PKW: Von Süden/Norden: A5 Ausfahrt Frankfurt-Westkreuz,
Richtung Messe, dann Richtung Hauptbahnhof, Baseler
Strasse, rechts Speicherstrasse, dann Parkplatz am
Bürgerhaus Gutleut;
von Westen/Osten: Richtung Hauptbahnhof, dann wie oben

Veranstalter:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstrasse 25 | 60329 Frankfurt/Main
Tel: 069. 25 78 28-0 | Fax 069. 25 78 28-55
eMail: LAGSB@aol.com



Programmverlauf

Montag, 7. Juli 2003

ab 9.00 Marktaufbau: Lokale Präsentationen

ab 9.30 Begrüßungskaffee und kultureller Auftakt mit dem Kinderkulturzirkus Buntles Leben aus Wiesbaden Biebrich

10.00 Grußworte

Sabine Mirtsching,
Sozialministerium des Landes Hessen
Eugenio Munoz del Rio,
Stadtrat, Stadt Frankfurt/Main

10.20 Aktuelles und Neues aus der Programmlinie E&C

Hartmut Brocke,
Direktor Stiftung SPI, Regiestelle E&C

11.00 Podium und Plenum:

Statements und Diskussion

Interkulturalität als Fokus einer innovativen sozialen Arbeit im Stadtteil

Prof. Dr. Gerd Stüwe,
Fachhochschule Frankfurt/Main

Moving cultures – Stadtteilarbeit schafft Integration

Christine Knüppel und Ayse Gülec,
Landesarbeitsgemeinschaft
Soziokultureller Zentren Hessen e.V.

Moderation: Jochen Partsch,
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

12.00 Mittagspause, Essen

13.30 Themenforen mit lokalen Praxisbeispielen:

■ **Von der Straße auf die Bühne:**

Kultursommerfest BauHof, Wiesbaden

Uwe Michele, Projektmitarbeiter GWA Caritasverband
Wiesbaden

Hans Vollmer, Projektleitung Wohnungsamt Stadt Wiesbaden

■ **Neumarkt i.d.Opf. – ein Beispiel: Integrationsleistungen in bayerischen Klein- und Mittelstädten**

Dr. Christine Grüger, Ingegerd Schäuble,
Schäuble-Institut für Sozialforschung München

■ **Medien: Öffentlichkeitsarbeit von Jugendlichen als Baustein interkultureller Verständigung, Mannheim**

Ursula Schenk, Stadtjugendpflege Mannheim

■ **Kunstweg durchs Westend, Ludwigshafen:**

Kinder als kleine und kreative Bürger der Stadt

Claudia Möller, Stadt Ludwigshafen Sozialdezernat

■ **Neue Heimat für Fremde: Interkulturelle Stadtteilarbeit in Saarbrücken**

Jutta Trémezaygues, Caritas-Kontaktzentrum Folsterhöhe

15.00 Kaffee

und Auftritt der Kyokushinkai-Karate Gruppe aus Fulda

15.15 Abschlussplenum

Integration durch Kulturarbeit mit Jugendlichen im Stadtteil

Mit Beiträgen von Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichen und Freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, des interdisziplinären Stadtteilmanagements und der Wissenschaft

Moderation: Reinhard Thies,
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

16.00 Abschlusskaffee, Ende der Fachkonferenz